

EU-Osterweiterung

Hannes Hofbauer, Osterweiterung - Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Promedia, Wien 2003, 240 Seiten, 17,90 Euro.

Die Osterweiterung der EU wird in Politik und Medien, aber auch von manchem demokratischen Sozialisten, ohne Ausnahme mit positiv klingenden Attributen versehen. Dabei unterwirft die Eingliederung der ehemals sozialistischen Staaten in das Brüsseler Regelwerk der vier kapitalistischen Freiheiten (Kapital, Dienstleistungen, Waren- und Personenverkehr) einen halben Kontinent direkt dem Kalkül expansionshungriger Konzerne, vornehmlich aus Deutschland. Und die Behauptung, durch die Integration erreiche der Osten baldigst Westniveau, mögen selbst bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler nicht glauben. So hat der polnische Ökonom und Politiker Dariusz Rosati errechnet, daß selbst bei einer – ohnehin unwahrscheinlichen – jährlichen Wachstumsrate von 5 Prozent das wirtschaftlich entwickeltste dieser Länder, Tschechien, 15 Jahre bräuchte, um das Pro-Kopf-Einkommen des griechisch-portugiesisch-spanischen Durchschnitts zu erreichen. Für Polen müssen 23 Jahre veranschlagt werden und für das Schlußlicht Litauen 33.

Hofbauers faktenreiche und gut zu lesende Bestandsaufnahme der EU-Erweiterung stellt den Griff des westeuropäischen Kapitals in Richtung Osten auch in einen historischen Kontext: vom deutschen „Drang nach Osten“ über die durch den Marshallplan für den Westen und die Embargopolitik für den Osten divergierende Entwicklung nach 1945 bis

zur Auflösung des RGW 1991. Der Schwerpunkt des Buches liegt aber auf den Jahren danach. Wie der Autor detailliert darlegt, hat die EU gemeinsam mit IWF und Weltbank nach der „Wende“ die Richtung des Transformationsprozesses bestimmt und durch eine Reihe diskriminierender Bestimmungen bewußt dazu beigetragen, die wirtschaftliche Entwicklung des Ostens zu hemmen. Eine Rolle spielten dabei auch die gemeinsam mit den USA betriebenen und von der UNO durchgesetzten Embargos gegen mißliebige Regierungen: „Es sollte just jene treffen, mit denen osteuropäische Firmen schon seit langem relativ gute Kontakte pflegten: Libyen, den Irak und Jugoslawien. Gerade Ländern wie Rumänien und Bulgarien, auch der Tschechoslowakei und Ungarn kam die Einhaltung des Embargos viel teurer zu stehen als beispielsweise den USA oder Westeuropa“. (53) So konnte eine handelspolitische Umorientierung auf die EU erreicht werden, was eine Veränderung der Export- und Industriestruktur („verlängerte Werkbänke“) nach sich zog. Heute müssen nach Berechnungen des „Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ der „weitgehend den westeuropäischen Pkw-Konzernen zuarbeitenden Warengruppe ‚Maschinen- und Fahrzeugbau‘ bereits 60 Prozent sämtlicher ungarischen Exporte zugeordnet werden“. (191) Für Tschechien und die Slowakei lauten die Zahlen 44,5 Prozent bzw. 40 Prozent.

Bei ihrer Expansionspolitik stieß die EU auch deswegen auf wenig Widerstand, weil gewichtige Teile der politischen Eliten schon lange vorher

Konzepte entwickelt hatten, die mit den marktradikalen Vorstellungen Brüssels übereinstimmen: „Bereits ab Mitte der 1980er Jahre züchteten die Staatsführungen in Polen, Ungarn der Tschechoslowakei und der Sowjetunion parallel zur planwirtschaftlichen Schule eine neue wirtschaftswissenschaftliche Elite ostliberaler Prägung.“ (39) Neben A. Inotai (Budapest) und L. Albakin (Moskau) gehört auch der tschechische Präsident Václav Klaus zu diesen Wissenschaftlern, die den Weg zur peripheren Integration Osteuropas in die kapitalistische Weltwirtschaft ideologisch geebnet haben. Es gab natürlich auch Politiker, die sich dem Brüsseler Diktat nicht beugen wollten. Aber „wer Sozialpolitik vor Investitionsfreiheit stellte (Iliescu), Energie via Gazprom anstatt über Ruhrgas importierte (Meciar) oder die vorgesehene Schocktherapie unterließ, indem er Geld druckte und Soldaten und Lehrer bezahlte, anstatt sie zu entlassen (Milosevic), hatte in der Wertegemeinschaft der selbsternannten Demokratien keinen Platz.“ (71) Hofbauer läßt keinen Zweifel daran, daß es der Versuch einer eigenständigen Entwicklung war und nicht die angebliche Verletzung von Menschen- oder Minderheitsrechten, die 1993 Rumänien, der Slowakei und Jugoslawien den Stempel undemokratisch eintrug und schließlich zum Krieg der Nato gegen Jugoslawien führte. Dieser war, und so wurde er in den Kandidaten-Ländern auch verstanden, ein Signal an jene, die immer noch Visionen von politischer und wirtschaftlicher Selbstständigkeit hatten.

Länderberichten über alle Beitritts-

kandidaten sowie Bulgarien und Rumänien, geben einen differenzierten Einblick in den Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft am Vorabend der Aufnahme. Bei allen nationalen Unterschieden können als generelle Strukturmerkmale für diesen Raum festgehalten werden: Der vollständige Besitz der bedeutenden Wirtschaftssektoren durch im wesentlichen westeuropäische Eigentümer, eine einseitige Ausrichtung des Außenhandels, die Deindustrialisierung ganzer Regionen sowie das extreme Auseinanderklaffen von Reich und Arm in regionaler wie sozialer Hinsicht. Die Triebkraft zur Erweiterung der EU geht, so Hofbauers Resümee, „von der Produktivität der großen anlagesuchenden Unternehmen Westeuropas aus. Rationalisierungen und Marktberichtigungen haben die Kapazität der führenden multinationalen Konzerne zu einem enormen Akkumulationsdruck erhöht. Verwertung ist ihnen nur noch durch Expansion möglich.“ (184) Abgesichert wird der neue Markt mit dem Regelwerk des „Acquis communautaire“, das den osteuropäischen Staaten diktiert wurde und vor dem Beitritt Gesetzeskraft erlangen mußte. Damit öffnet sich auch staatsrechtlich das notwendige weite Feld zu Investitionen, „für deren Sicherheit Brüsseler Kommissare, örtliche Verwalter und schließlich in naher Zukunft eine militärische Eingreiftruppe verantwortlich zeichnen“. (184)

Karl Unger

Löwen und Hasen – Der neue Golfkrieg

Herfried Münkler, Der neue Golfkrieg, Rowohlt Verlag, Hamburg 2003, 176 Seiten, 12,90 €

Der Markt intellektueller Erzeugnisse unterliegt den gleichen Gesetzen wie auch jedes andere Produkt: das Timing spielt eine wesentliche Rolle. In diesem Sinne ist das Erscheinen von Herfried Münklers Buch über den mittlerweile dritten Golfkrieg ein Vorbild an Timing, denn der Krieg war noch in vollem Gange, da war Münklers Buch auch schon in den Auslagen der Buchhandlungen angekommen. Dennoch handelt es sich nicht um den – in diesem Zusammenhang sprachlich etwas peinlichen – Schnellschuss, den man erwarten könnte, ist Münkler doch mit seinen vorangegangenen Publikationen zu den „neuen Kriegen“ (Vgl. die Besprechung von U.-J. Heuer in Z 53) bestens präpariert, auch den aktuellen Irak-Krieg kompetent einzuordnen. Und so behandelt er vor allem die engere und weitere Vorgeschichte des neuerlichen Krieges, die mit diesem Krieg verbundenen Interessen und die Zukunft einer US-dominierten Weltordnung.

Münkler verfolgt die Vorgeschichte des Golfkrieges bis in die sechziger Jahre und zur Entscheidung der USA zurück, die Rolle des „Stabilitäts- und Sicherheitsgaranten am Golf“ (S. 9) von den Briten zu übernehmen. Den Grund für diese Entscheidung sieht Münkler im Bestreben der USA, über ihre imperiale Präsenz sicherzustellen, dass Mengenregulierung und Preisbildung des Erdöls am Weltmarkt erfolgen und nicht unter

den Einfluss einer anderen Macht (damals die Sowjetunion) geraten. Schon an dieser Stelle und dann durchgehend ist der Autor darum bemüht, sich von einer Interpretation abzusetzen, die mit dem Begriff des Imperialismus und der Frage nach ökonomischen Interessen arbeitet. Sicherlich könne man diese Politik der USA imperialistisch – „eben markt imperialistisch“ – nennen, aber eine solche Sichtweise würde jedes Handeln starker Staaten als imperialistisch kennzeichnen, wogegen die Handlungen schwacher Staaten, etwa Iraks Besetzung von Kuwait, als antiimperialistisch gelten müssten. Die Logik dieser Argumentation entbehrt jeder Grundlage und der Autor konstruiert eine vulgäre Version des Imperialismusansatzes, um sich von dieser dann distanzieren zu können.

Interessanter ist der Blick auf die langjährige Art der Machtausübung der USA in dieser Region, die Münkler als eine – vermittelt über die Unterstützung des Iran als regionale Hegemonialmacht – indirekte beschreibt. Mit dem Sturz des Shah-Regimes und dem Versuch des Irak, diese Rolle in Eigenregie zu übernehmen, entstand ein relativer Verlust US-amerikanischen Einflusses, der bis in die Gegenwart andauert. Mitte der achtziger Jahre seien die USA von der indirekten zur direkten Kontrolle der Region übergegangen. Münkler führt Beispiele des direkten Eingriffs in den ersten Golfkrieg an, die jedoch immer unter der von Henry Kissinger formulierten Maßgabe, „am besten wäre, wenn beide verlieren“ (S. 71), stand. Für Münkler liegt somit ein möglicher Grund für den neuerlichen Golfkrieg im paradox

klingenden Bestreben der USA, ihre Militärpräsenz hier langfristig zu vermindern und wieder zu einer Form der indirekten Kontrolle, diesmal durch einen umgepolten Irak, zurückzukehren.

Welchem Ziel jedoch dient die Kontrolle dieses Raums? Münkler bietet hier Erklärungen an, die nicht überzeugen, wenngleich sie als einzelne Motive nicht falsch sind. Das Öl scheidet als Grund für ihn aus und stellt lediglich den Ausdruck des „ideologiekritischen Reflexes“ (S. 50) der verbliebenen Restlinken dar (nebenbei: der Begriff „Ideologiekritik“ wurde auch von seinen Kritikern schon einmal besser verstanden). Statt dessen seien politische Interessen stärker zu gewichten, etwa die Etablierung eines stabilen Prosperitätsregimes, das von einer säkularisierten Mittelschicht getragen wird und eine Ausstrahlung auf die anderen Staaten der Region hat. Die sich dahinter verborgenden Vorstellungen eines „political engineering“ (S. 52) könnten als Allmächtsphantasien bewertet werden, seien aber für ein Imperium wie die USA eher plausibel. Abgesehen von der Frage, ob Münkler hier nicht nur die demokratiebetonten Begleittöne schlichter Machtpolitik wiedergibt, ist unersichtlich, warum es dann zum massiven transatlantischen Streit über diesen Krieg gekommen ist. Ein allen westlichen Staaten zugute kommendes Prosperitätsregime im Nahen Osten als Ziel hätte sicher nicht zu dieser Eskalation der Auseinandersetzung geführt. Offensichtlich vermuteten Länder wie Frankreich, Russland und Deutschland eben die Interessen der USA, die Münkler als

Kriegsgrund ausschließen will.

Die Auswirkungen des neuerlichen Golfkrieges auf das internationale Völkerrecht sind, wie unschwer zu erkennen, desaströs. Münkler versucht hier mit dem ihm eigenen Realismus eine zukünftige Entwicklung zu antizipieren. Bezogen auf das von der UN formulierte Gewaltverbot habe sich inzwischen ein Dreiklassenrecht herausgebildet: „Staaten, für die das Gewaltverbot der UN-Charta unbedingte Gültigkeit hat und denen gegenüber es auch konsequent durchgesetzt wird“; wenige andere Staaten, die davon im Einzelfall ausgenommen sind, etwa aufgrund ihres Status als Atommächte; und schließlich die USA, „die die Definitionsmacht darüber besitzen, was als Ausnahme akzeptiert werden kann und was nicht.“ (S. 134) Für Münkler zeigt sich hier die Wahl, entweder auf der normativen Kohärenz des Völkerrechts zu bestehen, es aber durch die praktische Politik ständig desavouieren zu lassen oder aber das Völkerrecht der politischen Praxis anzupassen, unter Verlust jedoch seiner normativen Reichweite. Die dem Völkerrecht zugrundeliegende Vorstellung der prinzipiellen Gleichheit der Völkerrechtssubjekte sei unter den Bedingungen tatsächlicher Ungleichheit immer schon problematisch gewesen. Der immer weitere machtpolitische Abstand der USA mache diese Fiktion jedoch unmöglich. Schon bei Aristoteles finde sich die Fabel von der Versammlung der Tiere, in der die Hasen gleiche Rechte für alle Tiere gefordert hätten, woraufhin ihnen die Löwen entgegen traten und fragten „Wo sind eure Zähne und Klauen?“

Der von den Schwächeren vorgebrachten Forderung der Rechtsgleichheit stellen die Starken die Zugangsvoraussetzung der Waffen-gleichheit gegenüber. Wo diese, so für Münkler die Moral, nicht auch nur annähernd erreicht ist, sollte auch keine Rechtsgleichheit gefordert werden, will man sich nicht lächerlich machen (S. 137). Nicht das Recht des Stärkeren folge hieraus, denn Hase und Löwe tauschten Argumente aus: „Was die Löwen erwarten und was offenbar geeignet ist, sie dazu zu bringen, sich an gewisse Regeln der Tierwelt zu halten, ist die Anerkennung ihrer Sonderstellung durch die Ungleichen.“ (ebd.)

Politisch praktisch mag dieser Rat-schluss des Realismus sinnvoll sein.¹ Er verdeutlicht aber auch die ganze Crux einer Denkweise, die sich ausschließlich im Bestehenden und jenseits jeglicher politisch-moralischer Wertungen bewegt. Der eben noch argumentierende Löwe setzt Zähne und Klauen real ein und die hiervon Betroffenen werden sich kaum mit einer realistischen Zustandsbeschreibung abfinden wollen, die ihre Plätze als Opfer festschreibt. Die Aufgabe von Politik und auch ihrer Wissen-

schaft kann nicht in der wertfreien Verwaltung und Beschreibung dieser Zustände bestehen.

Gerd Wiegel

Krieg gegen die Zivilisation

Ekkehard Sauermanns, Neue Welt Kriegs Ordnung. Die Polarisierung nach dem 11. September 2001“. Atlantik Verlags- und Mediengesellschaft, Bremen 2002, 579 S., 24,80 €

Wir wissen es schon nicht mehr so genau, was sich im einzelnen abgespielt hat am 11. September 2001. Und vor allem haben wir, na, sagen wir die meisten von uns zivilen Zeitgenossen der großen Politik, vergessen, was gleich nach den beiden furchtbaren Einschlägen in die Türme des World Trade Center neben den Schreckensbildern über die Medien so alles rüberkam. „Warum hat keiner der bedrohten Piloten über den Steuerknüppel den vereinbarten Signal-Code an die Bodenstationen eingegeben?“ fragte denn auch Wolfgang Eggert bald schon in einer der ersten Analysen zum Geschehen an diesem Unglückstag.¹ Und so mag es vielen gegangen sein. Wie war es möglich, dass die mutmaßlichen Terrorpiloten nach einer Kurzausbildung auf kleinen Sportflugzeugen plötzlich Großflugzeuge in einer Weise beherrschten, die selbst erfahrene Flugkapitäne staunen ließ? Und, so Eggert weiter, wie konnten in den USA auf einen Schlag alle Verteidi-

¹ Sinnvoller jedenfalls, als eine Politik imperialer Konkurrenz, die Münkler an anderer Stelle zu favorisieren scheint. Auf der Elmauer Tagung zum transatlantischen Dis-sens war von einem „Weckruf für Europa“ die Rede. Münkler forderte hier von Europa, weltpolitischen Gestaltungswillen aufzubringen, bis hin zur „Aufteilung der Interessensphären“ zwischen den USA und der EU. Um welche Interessen es hierbei geht, wurde nicht berichtet. (vgl. FR vom 24.4.03)

¹ W. Eggert: Angriff der Falken. Die verschwiegene Rolle von Mossad und CIA bei den Anschlägen vom 11. September. München 2002, S.16 f.

gungssysteme ausgeschaltet werden? Wie konnten vier entführte Flugzeuge über dichtbesiedeltem Gebiet außerhalb ihrer Flugrouten eineinhalb Stunden im bestgesichertsten Luftraum der Welt umherirren, Militärs und Geheimdienste die Abfangjäger entscheidende 60 Minuten am Boden verharren lassen? Fragen über Fragen; und, bis auf den heutigen Tag, nicht eine einzige befriedigende Antwort! Wer nur nachlesen will, wie wenig an tatsächlicher Aufklärung zu diesen und anderen prekären Fragen – immerhin hatte ja auch Bush sen., Welch ein Zufall, über die Carlyle Group für die Familie Bin Laden in Saudi Arabien gearbeitet – bislang geleistet worden ist, welch Informationsirrgarten rund um die Vorgeschichte und ihre Verflechtung mit den Terroranschlägen errichtet worden ist, der wird von Saueremanns Buch reichlich bedient. Ja, es verschlägt einem die Sprache – und man fragt sich, wieso heute, fast zwei Jahre nach diesen Ereignissen, das konkrete Tatsachengeflecht so ganz aus den Debatten um den internationalen Terrorismus verschwunden ist. Doch im Nachzeichnen des Geschehenen erschöpft sich Saueremanns Darstellung beileibe nicht. Denn über die Aufklärungsnot des Vorgefallenen ist das öffentliche Interesse, aber vor allem die amerikanische Politik längst hinaus. Jetzt steht Grundsätzliches zur Debatte. Für die einen ist dieses Grundsätzliche der Feldzug gegen den Terrorismus, hinter dem sich echte, eingeredete, erwünschte und ich weiß nicht was noch für Feinde Amerikas verbergen. Und für die anderen, die Vielen, ist dieses Grundsätzliche die Angst um die Erhaltung der Weltzi-

vilisation, die Millionen von Menschen außerhalb Amerikas, aber zunehmend auch in den USA selbst, im Gefolge der US-amerikanischen Politik der Kriegsandrohung bewegt.

Schon ein knappes Jahr nach den verheerenden Ereignissen des 11. September 2001 lag Saueremanns kompandiales Werk von 579 Seiten bereits auf dem vorweihnachtlichen Büchertisch, gefördert durch einen engagierten Verlag, verfasst von einem Politikwissenschaftler mit der seltenen Gabe, die strenge Analyse nicht durch vorschnelle Verallgemeinerungen zu entkräften, andererseits den Strom der Gedanken nicht im nüchternen Politologendeutsch versiegen zu lassen. Das Buch fasziniert durch präzisen Ausdruck, stilistische Brillanz und einen weitgespannten Informationsanspruch, der auch eingelöst wird. Da ist dem Halleschen Politologen Ekkehard Saueremann ein bemerkenswerter Wurf gelungen. Das komplizierte Geflecht machtpolitischer Konstellationen des letzten runden Dutzends von Jahren nach der Beendigung des Kalten Krieges zu entwirren und den roten Faden imperialer Machtpolitik herauszupräparieren – das war doch eher einem Team von weltumspannend agierenden Politologen zuzutrauen.

Zudem ist dem in marxistischer Tradition stehenden Saueremann jenes relativ unbekümmerte Sich-Bewegen im Reich politologischer Hypothesen ganz und gar nicht auf den Leib geschrieben; publizistische Schnellschüsse nach dem Motto, gut ist, was provoziert. Wenn man die im letzten Jahr erschienenen Abhandlungen zu der auch in Saueremanns Buchtitel vorgewiesenen neuen Weltordnung

Revue passieren lässt, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass recht schnell aus vorläufigen Beobachtungen weitreichende Schlüsse gezogen werden. Das schießt bei der eine Art Konkurrenzbuch zu Saueremann (obwohl in der englischen Ausgabe zwei Jahre älter) darstellenden Abhandlung von Michael Hardt und Antonio Negri gewiß schon stark ins Kraut – nicht ganz von ungefähr ist für Leo Panitch dieser Bestseller eine Mischung aus einzelnen bemerkenswerten Einsichten und ansonsten überwiegend wertlosen Vermutungen, aus „Schätzen und Schund“². Für den Gesellschaftstheoretiker ist es natürlich naheliegend, nach einer theoretischen Einordnung dieser Vorgänge zu suchen. Die Neubelebung und Weiterbildung der marxistischen Imperialismustheorie, der sich diese Zeitschrift ja besonders angenommen hat, versteht sich zwar nicht als kognitiver Schock im Gefolge des 11. September, erhält jedoch durch die politische Offensive des eigentlich in der Vergangenheit viel stärker als Produktivkraft-Imperialismus eingeschätzten amerikanischen Imperialismus neue Impulse.

Doch Saueremanns Buch versteht sich nicht als eigenständiger Beitrag zur Imperialismus-Theorie, sondern ist viel eher eine kritische Analyse der amerikanischen imperialen Selbstdarstellung nach dem 11. September sowie eine daraus abgeleitete Betrachtung der bedrohlichen weltpoli-

tischen Folgen, die ein ungehindert agierender, sich als Weltmacht des Guten verstehender US-amerikanischer Imperialismus haben wird. Dennoch ist Saueremanns Buch keineswegs nur eine zeitgeschichtliche, aktuell politologische Arbeit, obwohl dieses Anliegen durch den Untertitel besonders hervorgehoben wird. Es ist auch ein Beitrag zur Kennzeichnung der epochenbestimmenden Kräfte. Nun sind die Erfahrungen der Marxisten mit allgemeinen Bestimmungen zum Charakter der Epoche nicht sonderlich gut; Vorsicht ist also allemal geboten, wenn man sich wieder auf dieses schwierige Terrain begeben will. Zur Erinnerung – es gehörte zum gemeinsamen Standpunkt aller antiimperialistischen Kräfte bis zum Niedergang der Sowjetunion, zur Perestroika und ihren realpolitischen Folgen, dass diese Epoche bestimmt wurde als eine solche des allgemeinen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. In dieser allgemeinen Formulierung steckt insofern nach wie vor ein Körnchen Wahrheit, als die Überzeugung der Sozialisten weltweit stets noch auf eine den Kapitalismus überwindende neue Gesellschaft zielt. Nur, das real ablaufende Geschichtsprofil des bis in die achtziger Jahre wachsenden sozialistischen Lagers, begleitet von einer nichtsozialistischen, aber antiimperialistischen Befreiungsfront in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, schien den Weg schon zu gehen und hatte in der ökonomischen wie sozialen Struktur der realsozialistischen Länder bereits ein, wie es lange schien, nachahmenswertes Ziel vor Augen.

In diesem Sinne ist die Epochencha-

² M. Hardt, A. Negri: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/M./New York 2002. Vgl. dazu L. Panitch: Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie, in: Z 52 (Dezember 2002), S.82.

rakteristik der Marxisten, vor allem einsetzend mit dem Weltkriegsende 1945, in dem ja eine große prosozialistische Schubkraft steckte, auf der Strecke geblieben. Insofern sind die neueren Imperialismus-Debatten sympathischer, weil sie das theoretische Moment favorisieren, nicht aber das utopische bzw. visionäre. Wenn man diese Debatten genauer anschaut, dann liegt insofern ein gewisser Sprengstoff in ihnen, als der Schwerpunkt zur Bestimmung des Epochencharakters entweder auf die ökonomischen Potentiale dieses Weltimperialismus gelegt wird, oder aber auf die politischen Dimensionen und systeminneren Potentiale dieser Gesellschaftsordnung. Die Charakteristik dieser Epoche zeigt sich dann – greifen wir aus der Fülle der Angebote nur einen Versuch heraus – als Selbstentfaltungsprozeß eines monopolistischen Universalismus.³ Dabei kommt dem ökonomischen Bereich eine eher unterbelichtet bleibende Rolle zu; der Primat des Politischen ist ganz eindeutig; irgendwie ergibt sich das ganz zwangsläufig aus den Abläufen nach dem 11. September 2001. Die politische Situation in der Welt schien urplötzlich verändert, ins Wanken geraten. Ökonomisch aber verlief alles in den ruhigen, krisengezeichneten Bahnen. Auch die durchaus widersprüchliche Haltung um die tatsächliche Rolle eines Kampfes um das irakische Erdöl (Rumsfeld sprach erst kürzlich davon, dass es keine Frage sei, dass dieses Öl dem iraki-

schen Volke gehöre) mahnt, nicht ständig und schnurstracks die ökonomischen Hintergründe derartiger Vorgänge in den Vordergrund zu rücken. Politik ist – und das wahrscheinlich in zunehmendem Maße – ein eigenständiger Ereignisbereich und nicht die bloße Ausdrucksform ökonomischer Interessen.

Damit sind wir mitten in dem theoretischen Debattierfeld von Sauermanns Buch. Setzen die Ereignisse vom 11. September tatsächlich einen neuen Epochenbeginn? Und was steht im Mittelpunkt dieser Epoche? Ist sie zu bezeichnen als Epoche des weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus, in dessen Gefolge die bestimmenden Kräfte eine neue stabile Weltordnung schaffen werden? Und wie wird eine solche aussehen, welche immanenten Differenzierungen wird sie aufweisen, welche inneren Widersprüche werden sie prägen? Und damit ist auch ein Blick geworfen auf die Rolle der Bundesrepublik in diesem Prozeß; die Frage, ob sich eine solche anzuvisierende neue Weltordnung gewissermaßen auf dem Wege der erzwungenen Rason ergeben oder aber Resultante vieler divergierender nationaler Interessenströme sein wird. Ein weites Feld also.

Sauermann untergliedert diesen Fragenkreis in fünf Kapitel. Im *ersten* Kapitel werden die Täter und die Nutznießer des 11. September analysiert. Hier stützt sich Sauermann vorwiegend auf veröffentlichtes Material. Nach der Rekonstruktion der Ereignisse fragt der Autor nach den Nutznießern dieses Verbrechens. Nicht das Verurteilen und Bedauern, nicht die Phänomenologie der Terrorakte allein wird zum entscheidenden Kri-

³ B. H. F. Taureck: Imperialismus als monopolisierter Universalismus. Fragen und Thesen zu einem neuartigen politischen Großrisiko, in: Z 52 (Dezember 2002), S. 101-107.

terium historischer Urteilsfindung, sondern die Frage nach den Nutznießern und das Abwägen der Dimensionen des Nachher. Nutznießer waren keinesfalls, so ist sich Sauer mann mit der überwiegenden Mehrheit der Kommentatoren dieser Ereignisse einig, die islamische Bewegung, sondern eine breite Palette ökonomischer und politischer Kräfte in den USA, nicht zuletzt aus denjenigen Gefilden, die im militärisch-industriellen Komplex angesiedelt sind. Sauermanns Buch ist hier vorbildlich ergiebig; die Macht der Fakten lässt Verdächtigungen und Spekulationen überflüssig sein. Gleich wichtig ist die Frage nach dem Nachher – das ist die angestrebte Neuordnung der Welt. Und so wird der Terrorismus in seiner ganzen menschenverachtenden Abscheulichkeit auch erkennbar als teuflischer Mitläufer in einem ganz neuen Kartell von Machtinteressen jenseits der zerbrochenen, wenn gleich natürlich ebenfalls auf Teuflichem, nämlich dem Gleichgewicht des Schreckens beruhenden Weltfriedensordnung, die bis zum Auseinanderbrechen des sozialistischen Welt systems das internationale Geschehen bestimmt hat.

Seither ist aber nur der Schrecken permanent geblieben, wenn gleich das mehr und mehr für die randständigen Weltgebiete gilt, die gleichwohl, nach der Anzahl der dort lebenden Menschen und der Quadrat kilometer gemessen, einen weitaus größeren Weltenteil repräsentieren als vordem die Kernzonen der realsozialistischen und der realkapitalistischen Welt. Heute aber ist die Friedensidee längst nicht mehr zentrales Anliegen der Weltpolitik, nicht mehr das konstruk-

tive Prinzip zur Regelung der Beziehung der Völker, wie es nach Kants großer philosophischer Friedenstat zum Ideal einer jeden weltpolitischer Absicht zu werden versprach. Die alte Kantsche Idee, dass Kriegführung und Menschenrechte einander ausschließen, droht als weltanschauliches Kulturgut vor dem Angesichte imperialen Machtstrebens dieser unserer gegenwärtigen politischen Welt völlig abhanden zu kommen. Warum nicht Krieg, wenn kein anderes Mittel hilft, ist wieder zu einer ganz normalen Frage geworden. Im geschichtsphilosophischen Sinne ist das einer der größten Kulturverluste des vergangenen Jahrzehnts. Nutzen aus dem Krieg zu ziehen – das stellt zugleich das Bindeglied zwischen Terrorismus und dem Krieg gegen das Weltböse dar.

Im *zweiten* Kapitel geht Sauer mann diesem Idol auf die Spur. Beispiele für die dünnen Ernten einer solchen Kriegssaat liefern die sozialen, ökonomischen, anthropologischen und kulturellen Brachen im Irak nach 1991, Jugoslawien 1999 und Afghanistan im neuen Jahrtausend. Das vermeintlich schicksalhaft der Führungsmacht USA zugeschriebene Recht auf Krieg als Krieg des Guten gegen das Böse ist eine der größten Verirrungen globalen Politikan spruchs und zugleich ein epochaler Missbrauch der mit dem Ausgange des Mittelalters stets mit der Friedensidee verbundenen religiösen Sendungsbewusstseins unserer Zeit.

Im *dritten* Kapitel analysiert Sauer mann zunächst dieses vorgebliche „Reich des Bösen“ in Gestalt seiner durch Bush jr. vorgegebenen Dreigestalt: der Terrorismus im allgemei-

nen, der islamische Fundamentalismus im besonderen, das Netzwerk der Taliban bis zu Osama Bin Laden im einzelnen. Das politologisch gesehen überaus Anfechtbare, zugleich politisch recht gut Anwendbare dieses Konstrukts besteht, so Sauer-
mann, darin, dass ein solches Feindbild eklektizistisch ist, ausgedehnt werden kann auf potentielle Parteigänger des Bösen, gar bis zur Aufteilung der US-Umwelt in Schurkenstaaten hie und treue Vasallen da. Und jede Form der Kriegführung ist gerechtfertigt. Man kämpft nicht mehr in alten Registern, denn der Feind steht ja nicht mehr auf einer akzeptierten Kulturstufe. Schurken sind nicht bloß Vertreter anderer Interessen, sondern sie versinnbildlichen Abschaum; mit ihnen kann nicht verhandelt werden. Selbst die in der Kantschen Friedensidee begründete kulturelle Gleichrangigkeit der aktuell und potentiell Kriegführenden ist also passé. Heute ringt wie zu Zeiten der Kreuzzüge das Edle gegen das Schurkische. Die Selbstrechtfertigung und Glorifizierung dieser Mächte des Edlen hat damit geradezu metaphysische Dimensionen angenommen.

Im *vierten* Kapitel untersucht Sauer-
mann einige Erscheinungsformen im geistigen Selbstverständnis dieser so genannten Welt des Guten; pikanterweise auch das damit verbundene Fremd- und Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Sauer-
mann hat diese Passagen noch vor den friedenspolitischen Äußerungen von Kanzler Schröder zur Frage des Krieges gegen den Irak geschrieben und prüft die Verlautbarungen der USA-Seite zur BRD noch auf der

Basis der angesichts der Ereignisse vom 11. September von Schröder angekündigten Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA. Die BRD konnte sich damals noch auf der Seite der Mächte des Guten wähnen. Nun weiß man nicht recht, was es im allgemein politischen Bewusstsein hierzulande bedeuten könnte, wenn man sich plötzlich in den Äußerungen hoher amerikanischer Funktionäre als Schurkenstaat wiederfände. Das Echo könnte zwischen einem allgemeinen herzlichen Lachen und tiefster Niedergeschlagenheit bestehen, je nachdem, ob man das in Bayern oder in Sachsen oder Berlin zur Kenntnis nimmt. Vielleicht haben die Menschen in den neuen Bundesländern sowieso noch nicht jenes Dankbarkeitsverhältnis gegenüber den USA verinnerlicht, das in der großzügigen Hilfe für Westdeutschland in den Nachkriegsjahren seine Wurzeln hat.

Das *fünfte* Kapitel gibt eine überaus instruktive Übersicht über die Widersprüche, die der Weltmacht USA derzeit im eigenen Lager das Leben schwer machen. Sowohl innerhalb des militärisch-industriellen Komplexes als auch des Großkapitals generell, zwischen den USA und ihren Verbündeten gärt es. Das Verhältnis zu den übrigen islamischen Ländern ist brisant, aber auch die Entwicklungen im eigenen Lande angesichts sich zuspitzender sozialer, ökonomischer und kultureller Krisenerscheinungen lassen die Frage nach den Zukunftschancen einer solchen Politik, wie sie gegenwärtig von der Bush-Administration forciert wird, auch im eigenen Lande laut werden. Sauer-
mann stellt ihre engagiertesten

Wortführer vor, allen voran Noam Chomsky. Hervorzuheben ist auch, dass Sauermann die mit den Terrorakten faktisch eingeleitete Weltneuordnung nicht nur auf das Ölproblem zurückführt. So klar sich im Irakkonflikt gerade dieser Aspekt in den Vordergrund schiebt, so ist die geopolitische Seite der USA-Bestrebungen nicht allein an Ressourcenfragen festzumachen.

Abschließend soll auf ein bei Sauermann an verschiedenen Stellen aufscheinendes politologisches Grundproblem aufmerksam gemacht werden. Die Erörterungen zu den neuen Erscheinungsformen des Weltimperialismus im besonderen, des USA-Imperialismus im einzelnen sind natürlich in ihrer gesellschaftstheoretischen Brisanz für das Markieren der nächsten Entwicklungsstadien, in die diese unsere Welt hineinzuschliddern droht, von ausschlaggebender Bedeutung. Doch neben und hinter diesem Aspekt muss man eben auch die Feststellung treffen, dass in der politologischen Literatur eine wirkliche Philosophie der Geschichte nicht mehr stattfindet. Gewiss, auch Sauermann favorisiert ein solches Anliegen nicht. Aber in der Polemik mit Hardt und Negri, die sich in der Phrase auf linke revolutionäre, auch marxistische Potentiale stützen, erinnert Sauermann an die Marxsche Sicht auf die politischen Prozesse seiner Zeit, deren Substrat er in der Herausbildung eines spezifischen historischen Subjekts erblickt, nicht aber in Konstellationen von Macht und Ideologien. Auch hier unterscheidet sich Sauermanns Buch wohlthuend von den vornehmlich strategiepolitischen wie geopolitischen

Analyse- und Prognoseschriften. Es wird bei Sauermann auch die geistige Spannweite des Konzeptes der neuen Weltkriegsordnung ins Visier genommen. Eine neue Philosophie des Weltfriedens stünde dann auf der Tagesordnung – wer wird sich ihrer wohl annehmen? Viel Zeit ist nicht mehr, um einer solchen Sicht auf die Welt wieder auf die Sprünge zu helfen. Dann sollten die Kompendien zu diesem Problem so heißen, und zwar aus guten, inhaltlichen Gründen, wie es Sauermann vorschwebt – nicht eine neue Weltkriegsordnung, sondern eine neue Weltfriedensordnung steht zur Debatte!

Reinhard Mocek

Anatomie einer Weltmacht

Malcolm Sylvers, Die USA – Anatomie einer Weltmacht, PapyRossa Verlag, Köln 2002, 16,90 €

Wer eine aktuelle Darstellung von Ökonomie, Gesellschaft und Politik der USA sucht, wird im Sortiment des PapyRossa Verlags fündig: Hier ist im Herbst des letzten Jahres Malcolm Sylvers' „Die USA – Anatomie einer Weltmacht“ erschienen. Sylvers, der an der Universität Venedig die Arbeitsschwerpunkte Geschichte und Außenpolitik der Vereinigten Staaten lehrt, ist durch die Auswertung zahlreicher Arbeiten und Studien zur sozioökonomischen Entwicklung – auf Basis eines marxistischen Analyserahmens – eine faktenreiche Darstellung der US-amerikanischen Gesellschaft gelungen.

Das Buch ist in sechs Kapitel unter-

gliedert und behandelt die ökonomische, sozialstrukturelle sowie die innen- und außenpolitische Entwicklung der USA in den letzten gut 20 Jahren, um im letzten Kapitel Chancen einer politischen Opposition und insbesondere einer „eventuell antikapitalistischen Volksbewegung“ (S. 305 ff.) auszuloten.

Im ersten Kapitel (Die Umstrukturierung der Volkswirtschaft) arbeitet Sylvers heraus, daß in jüngster Zeit das Gewicht des Finanzsektors in den USA enorm zugenommen hat. Besonders die Macht der Banken habe sich gefestigt: Auch wenn das Verhältnis von Banken und Industrie nicht so eng sei wie in Europa, übten die Banken gegenwärtig über die Kontrolle und Verwaltung der institutionellen Investoren, die „nun fast 60% der Aktien der tausend größten Unternehmen [besitzen], während es in den fünfziger Jahren etwa 10% waren“ (S. 37), einen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft des ganzen Landes aus. Was die Wirtschaftspolitik (S. 57 ff.) betrifft, sieht Sylvers zu Recht eine schon vor den Reagan-Jahren beginnende kontinuierliche Ausrichtung an den Bedürfnissen des Finanzkapitals und der transnationalen US-amerikanischen Konzerne. In diesem ersten und auch im zweiten Kapitel, das sich mit der Klassenstruktur der Vereinigten Staaten beschäftigt, trägt Sylvers eine Fülle von empirischen Daten zusammen. Der besseren Lesbarkeit halber hätte er allerdings gut daran getan, zumindest einen Teil der Zahlen in Form von Tabellen und Schaubildern zu präsentieren.

Den innovativsten Teil von Sylvers Arbeit enthält das zweite Kapitel, das

mit „Arbeiter, Middle class, Symbolanalytiker“, Führungsschicht und Armut: Die neue Klassenstruktur“ betitelt ist. Sylvers beschreibt hier die enorme Zuspitzung der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in den letzten 30 Jahren. Auch wenn die für kapitalistische Gesellschaften typischen Klasseengegensätze in den USA natürlich nach wie vor bestehen, lassen sich nach seiner Ansicht doch auch deutliche Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur ausmachen. Sylvers unterteilt die gegenwärtige US-amerikanische Gesellschaft in vier soziale Klassen: die herrschende Klasse, die „durch den Besitz und die Kontrolle des gesellschaftlichen Reichtums die Entscheidungsgewalt inne hat und dadurch die meisten Vorteile genießt“ (S. 79 f.), die Klasse der „Symbolanalytiker“ und Topmanager, die „Middle class“ oder Arbeiterklasse und als viertes die Ausgegrenzten und Armen. Die größte Klasse ist die Arbeitklasse, die 70-75% der US-amerikanischen Gesellschaft ausmacht. Die Lage der Arbeiterklasse hat sich insbesondere dadurch verschlechtert, daß vier Fünftel der abhängig Beschäftigten länger arbeiten müssen, um ihren Lebensstandard zu halten, außerdem ist die Arbeitsintensität gestiegen, während das Recht auf Urlaub, Feiertage und bezahlte Krankheitstage eingeschränkt wurde (S. 105). Mit der Klasse bzw. Schicht der Symbolanalytiker und Topmanager – also der Klasse, die zwischen der herrschenden und der Arbeiterklasse angesiedelt ist – hat sich, so Sylvers, eine neue soziale Klasse herausgebildet (S. 87 ff.). Diese Klasse sei an die

Stelle des Bürgertums getreten, das früher kleine und mittlere Betriebe besaß und oft im Auftrag größerer Unternehmen tätig war. Den Begriff des Symbolanalytikers übernimmt Sylvers von Robert Reich: Symbolanalytiker lösen, identifizieren und vermitteln Probleme, indem sie Symbole manipulieren; ihre Arbeitswerkzeuge sind ihr Wissen und ihre Erfahrungen, sind mathematische Algorithmen, juristische Argumente, Finanztricks, wissenschaftliche Regeln, psychologische Kenntnisse, Induktions- und Deduktionsgefüge oder sonstige Techniken des Umgangs mit Begriffen. Symbolanalytiker seien im Gegensatz zu den traditionellen Freiberuflern der Vergangenheit, die meist nicht unmittelbar in den kapitalistischen Funktionszusammenhang eingegliedert gewesen sind, vollkommen in die Abläufe des Wirtschafts- und Gesellschaftsmechanismus integriert.

Im Bereich der Außenpolitik (S. 234 ff.) macht Sylvers zu Recht eine weitgehend ungebrochene hegemoniale Stellung der USA aus und wendet sich explizit gegen die insbesondere von Paul Kennedy in den 80er Jahren zur Diskussion gestellte These von einer „imperialen Überdehnung“. Die Hegemonie der USA beruhe auf der allgemeinen ökonomischen Stärke, dem Rüstungssektor und dem Militärapparat sowie der Stellung der USA als Weltfinanzzentrum mit dem Dollar als Leitwährung, während demgegenüber die Verschuldung der USA und das Verhältnis von Wirtschaftskraft zu den Rüstungsausgaben nur von untergeordneter Bedeutung sei. Ihren Ausdruck finde die US-amerikanische

Hegemonie unter anderem darin, daß sich sowohl der asiatische Raum als auch Europa – durch die Rücknahme sozialstaatlicher Regulierungen und eine immer stärker um sich greifende Marktorientierung – dem angelsächsischen Kapitalismusmodell annähern. Wahrscheinlich sei, daß die US-Hegemonie in naher Zukunft „bei einer immer größeren subalternen ‚Integration‘ der anderen Zentren“ fortbestehe (S. 275).

Die Möglichkeit einer Erosion der hegemonialen Stellung der USA könnte nach Ansicht von Sylvers in den nächsten Jahren von innen erfolgen, wenn sich die Verhältnisse in den USA weiter zuspitzen und sich eine Protestbewegung formiert (S. 305 ff.). Hierfür müßten unter anderem der Rassismus bzw. die ethnischen Spaltungen in den unteren Bevölkerungsschichten – beides wird vom Autor ausführlich im dritten Kapitel seiner Arbeit untersucht (S. 123 ff.) – überwunden werden. Das Quotensystem zur Förderung von Minderheiten sollte abgeschafft und auch die Idee des Multikulturalismus kritisch hinterfragt werden, da dieser gefährlich sei, „wenn nicht das verbindende Element zwischen den einzelnen Gruppen gesucht wird“ (S. 310). Vor allem aber müßten radikalreformistische und zumindest tendenziell antikapitalistische Programme angesichts der Macht und der Ausdehnung der transnationalen Konzerne internationalistisch ausgerichtet sein. (S. 312)

Insgesamt ist Malcolm Sylvers eine hervorragende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Gesellschaft sowie der politischen Stellung der USA

in der Welt gelungen. Das Buch wird seinem in der Einleitung formulierten Anspruch voll und ganz gerecht: „Das Buch richtet sich an diejenigen, die sich mit dem Bestehenden nicht zufrieden geben: diejenigen, die wissen, daß die reale Welt den Beschreibungen und Erklärungen der offiziellen Ideologie nicht entspricht und die die schrecklichen Disproportionen, Ungerechtigkeiten und Gefahren sehen, die sich daraus ergeben. Für diejenigen, die eine Veränderung des Bestehenden als notwendig betrachten, kann das Verstehen der Welt, angefangen bei den Funktionsweisen des gegenwärtigen Kapitalismus in einer wichtigen Nation, der notwendige Ausgangspunkt sein. Ein solches Verständnis schafft natürlich nicht Alternative selbst, aber es gehört zumindest zu deren Voraussetzungen.“ (S. 12)

Kai Eicker-Wolf

Der neue Prophet des Niedergangs

Robert Brenner, Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, VSA-Verlag Hamburg (2003), 350 Seiten; Preis: 24, 80 €

Der amerikanische Historiker Robert Brenner hat vordergründig eine Analyse des viel bejubelten US-amerikanischen Booms der 1990er vorgelegt. Sein Fazit: „Die gegenwärtig ablaufende Rezession hat sich allein dadurch von allen anderen der Nachkriegsepoche unterschieden, dass ihre unmittelbaren Quellen in dem Platzen einer Spekulationsblase

an den Börsen und in dem Wirksamwerden weit verbreiteter Überkapazitäten lagen, welche die Preise nach unten drückten (...). Die Mehrzahl der Wirtschaftsanalytiker erkannte nicht, in welchem Maße genau dieselben Mechanismen, durch welche die Börsen in ihrem Aufschwung auch die Volkswirtschaft nach oben getrieben hatten, die gesamte Volkswirtschaft nach unten drücken würden, sobald die Kurse fielen. Eben so wenig begriffen sie, wie der Aufbau von Überkapazitäten, der sich während des von den Börsen vorangetriebenen Konjunkturaufschwungs vollzog, die gesamte Volkswirtschaft nach unten drücken musste, wenn das Wachstum einmal endete. Schließlich entging ihnen auch noch der ganz allgemeine Punkt, wie weitgehend die Entfesselung der Märkte, welche während der beiden letzten Jahrzehnte stattgefunden hat, Muster der kapitalistischen Entwicklung wiederhergestellt hat, welche ganz an die Epoche vor dem I. Weltkrieg erinnern.“

Brenner stellt diese Analyse der jüngsten Entwicklung der globalen und der US-Wirtschaft in einen längerfristigen historischen Zusammenhang. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis Anfang der 1970er erlebte die Weltwirtschaft einen „langen Aufschwung“, von dem die Volkswirtschaften der USA, Westeuropas und Japans gleichermaßen profitierten. Darauf folgte der weltweite „lange Abschwung“ mit niedrigen Wachstumsraten, steigenden Erwerbslosenzahlen und einer relativ stagnierenden Wirtschaftsentwicklung. Seine These: Der fabulöse USAufschwung der 1990er Jahre konnte

das Muster des „langen Abschwungs“ der Weltwirtschaft nicht durchbrechen und überwinden.

Brenner kombiniert dabei ein Analyseraster aus klassisch marxistischen Elementen (Überproduktionskrisen, Entwicklung der Profitrate und der Produktivität) mit einem Paradigma der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ (Frühentwickler/Spätentwickler-Ökonomien), der Betrachtung *vertikaler* (industrielle Beziehungen, Steuerpolitik, Lohnentwicklung, Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital etc.) und *horizontaler* (internationaler Wettbewerb zwischen den Kapitalien, Währungsregimes, Regulierung der Finanzmärkte, Zentralbankpolitiken etc.) Bedingungen der Kapitalakkumulation und der Analyse des Einflusses der Wirtschaftspolitik (keynesianisch vs. monetaristisch), um nur die auffälligsten Beispiele zu nennen.

Ausgangspunkt des „langen Abschwungs“ waren für ihn *Überproduktion* und *Überkapazitäten* in der verarbeitenden Industrie der fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländer seit Ende der 60er Jahre. Die Unternehmen versuchten, die geschwächte Inlandsdynamik durch nochmals steigende Exporte zu kompensieren. Dies führte jedoch zunächst zu einem verschärften internationalen Wettbewerb zwischen den drei Wirtschaftsregionen USA, Westeuropa und Japan. Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre konnten Deutschland und Japan als *Spätentwickler* ihren Absatz auf den Weltmärkten deutlich steigern. Sie zwangen ihren kostenintensiveren Konkurrenten niedrigere Preise auf. Dadurch konnten sie zunächst ihre

Profitraten halten und die Marktanteile ihrer US-Rivalen bis in die 80er Jahre hinein runterdrücken.

Die Exportstärke Deutschlands und Japans führte jedoch zu einer allmählichen Aufwertung ihrer Währungen, einem erneuten Anstieg ihrer Kosten, einem Rückgang der Rentabilität und zu neuen Überkapazitäten. Die weltweiten Überkapazitäten wurden durch den aggressiven Markteintritt der Schwellenländer Südasiens noch einmal verschärft. Ergebnis waren niedrige Raten der Kapitalakkumulation, niedrige Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts, schwaches gesamtwirtschaftliches Wachstum von Produktivität und Investitionen und daraus resultierend niedrige Lohnzuwächse und steigende Arbeitslosigkeit. Ein allgemeines Muster setzte sich durch: verlangsamtes Wachstum in der Frühentwickler-Ökonomie der USA, zunächst stärkeres Wachstum in den Spätentwickler-Ökonomien von Deutschland und Japan, anschließend starkes Wachstum in den asiatischen Schwellenländern (und mit einigem Abstand in Lateinamerika und Osteuropa), bis schließlich in den 90er Jahren die USA nach einem harten Prozess der Lohnsenkung und des *Downsizing* und *Re-Engineering* ihrer industriellen Basis ihren Weltmarkt Konkurrenten wieder Kontra geben konnten.

Die Orientierung auf gesteigerte globale Wettbewerbsfähigkeit in den exportrelevanten Sektoren der Wirtschaft - bei sich stets von neuem einstellenden Überkapazitäten - ging einher mit einer Expansion und Deregulierung der Finanzmärkte. Dies schuf neue Renditechancen für ertragsuchendes Geldkapital, das in

der Realwirtschaft keine attraktiven Anlagefelder fand. Vor allem die global operierenden Unternehmen brauchten in diesem Wettbewerbsregime niedrige Preissteigerungen und niedrige Lohnsteigerungen – was zum zentralen Thema der neoliberalen Revolution wurde. So konnten sie vermeiden, ihre Erträge aus Finanzgeschäften durch Inflation zu gefährden und ihre Kosten für Kredite zur Finanzierung spekulativer Anlagen niedrig halten. Die Verbesserung der Unternehmensrenditen wurde durch eine direkte *Umverteilungspolitik* von unten nach oben und eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften angegangen. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich dadurch in fast allen Industriestaaten drastisch polarisiert.

Keynesianische und *monetaristische* Politik haben das Problem von Überproduktion und Überkapazitäten gleichermaßen nicht lösen können, sondern von unterschiedlichen Ausgangspunkten weiter verschärft. Die sogenannte keynesianische Politik der *Globalsteuerung* (Subventionieren der Nachfrage, Deficit Spending) schwächte zwar die Folgen von Rezessionen ab. Sie war insofern für die Lohnabhängigen vorteilhafter als die monetaristische Politik. Sie verlangsamte aber auch den Druck auf eigentlich unprofitable Unternehmen, aus ihrer derzeitigen Produktlinie auszusteigen und verlängerte damit das Problem der Überkapazität.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Autoren betont Brenner die herausragende Rolle staatlicher Politik in den Kämpfen der „Wirtschaftsstandorte“ USA, Europa und Japan

um die Wiedergewinnung von „Wettbewerbsfähigkeit“ und die Erholung der Profite. Als Beispiel sei die Wechselkurspolitik erwähnt: So ging nach dem *Plaza-Abkommen* von 1985 der Dollarkurs rapide nach unten, erleichterte damit eine Exportoffensive der USA und schuf die Voraussetzungen für den siebenjährigen US-Aufschwung der 1990er Jahre. Die Exportindustrien Japans und Westeuropas gerieten parallel ins Hintertreffen. Das „*umgekehrte Plaza-Abkommen*“ Mitte der 1990er Jahre verteuerte den Dollar wieder und sollte eine von der Mexiko-Finanzkrise gebeutelte Weltwirtschaft und vor allem eine in der Depression gefangene japanische Wirtschaft wieder aus der Krise ziehen. Nun setzte man auf die wachsende US-Binnenwirtschaft und die Entfesselung der US-Börsen („Wall-Street-Modell“, „Börsenkeynesianismus“), um die Weltwirtschaft aus der Stagnation zu führen.

Ende der 1990er Jahre hielt allerdings nur noch die Spekulationsblase an der Wall Street den Aufschwung aufrecht und führte zu massiven Überinvestitionen in Hightech-Sektoren und Internetwirtschaft. Die zugrundeliegenden Profite der Realwirtschaft waren längst rückläufig. Als die Blase platzte, befanden sich auf einmal alle drei großen Wirtschaftsblöcke – USA, EU, Japan und Südostasien – in einer Rezession. Die Träume von einer „New Economy“ waren jäh zu Ende.

Mehr als 20 Jahre anhaltender Konkurrenzkämpfe um die Stärkung des je eigenen „Wirtschaftsstandorts“ und dessen gesteigerte „Wettbewerbsfähigkeit“ gerieten so zu einem

Nullsummenspiel für die Wiederbelebung der Weltwirtschaft. Brenner fragt: Jetzt, wo alle drei großen Wirtschaftsböcke parallel in ernsthaften Schwierigkeiten stecken – könnten sie da zusammen das gleiche Schicksal wie Japan seit den 1990er Jahren vor sich haben? Sind anhaltende Stagnation und Preisverfall die künftige Perspektive?

Brenners Analyse hat eine heftige, interdisziplinäre Debatte in verschiedenen linken Theoriezeitschriften des angelsächsischen Sprachraums ausgelöst – unter anderem in *Monthly Review*, *Review of Radical Political Economics*, *South Asia Bulletin*, *Capital & Class*, *Arena* (Australien), *New Left Review* und *Historical Materialism*. Über diese „Brenner-Debatte“ informiert das Nachwort von Frieder Otto Wolf im vorliegenden Buch.

Klaus Dräger

Macht der Multis

Leo Mayer/Fred Schmid, Macht der Multis. Globalisierung Multis Monopole. isw forschungshefte 1, institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V. in Kooperation mit der EDITION MARXISTISCHE BLÄTTER, München, November 2002, 40 S., 3,50 €

Die beiden Autoren, Leo Mayer und Fred Schmid, haben sich mit dem Projekt ‚Multis‘ zur Charakterisierung der herrschenden Machtstruktur in der Weltwirtschaft viel vorgenommen. Mit fünf geplanten Heften wollen sie die strukturbestimmenden Kapitalverhältnisse systematischer

und gründlicher untersuchen und so aus marxistischer Sicht einen Beitrag zu einer notwendigen Theorie der Globalisierung leisten. Die vorgesehenen Schwerpunkte erfassen wichtige Säulen und Trends in der Welt des heutigen Kapitalismus, wie eben – mit der vorliegenden Schrift als Einstieg in das Projekt – die Macht der Multis und folgend dann das Finanzkapital heute, das Beziehungsgeflecht von Multis und Staat, der globale Imperialismus sowie Gegenwehr und Monopolmacht.

Das erste Heft im DIN A 4-Format bringt dicht gedrängt eine Fülle von Material über den gegenwärtigen Stand in der Entwicklung der internationalen Monopolisierung mit Blick auf verschiedene Entwicklungsprozesse in der Weltwirtschaft. Dies muss besonders gerade angesichts der Flut von Veröffentlichungen über die Globalisierung mit lediglich beschreibenden Details hervorgehoben werden. Im ersten Abschnitt (Globalisierung) setzen sich die Autoren mit Mythos und Realität der Globalisierung auseinander und formulieren ihren eigenen Standpunkt zum „Phantom“ Globalisierung. Für sie ist die „Globalisierung Ausdruck einer neuen Entwicklungsphase des monopolistischen Kapitalismus“ (S.3), „der Zusammenhang von technologischer Entwicklung, Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Bewegungsform des relativen Kapitalüberschusses und der Jagd nach Profit über den Globus mit allen Folgen für die Produktion und Konsumtion, für Politik und Staat, Krieg und Frieden. Dieser Prozess erfasst alle Lebensbereiche der Menschen wie Arbeit und Freizeit, Le-

bensstil, Bildung und Kultur“ (S. 10) Die Autoren sehen daher in der „Globalisierung“ keine neue Kategorie, sondern eine neue Phase im historischen Internationalisierungsprozess des Kapitals. Als Begründung dafür stehen ihre Darlegungen zur neuen Stufe der Internationalisierung seit Mitte der 70er Jahre und zum Richtungswechsel in der Politik mit dem Sieg des Neoliberalismus.

Der Wandel im Charakter der kapitalistischen Internationalisierung der Produktion steht im Mittelpunkt des zweiten großen Abschnittes der Untersuchung („Transnationales Kapital“) über die Rolle der Multis heute. Mit überzeugenden Fakten zur Entwicklung der Internationalisierung des Großkapitals in den 90er Jahren, die zur Dominanz der transatlantischen Unternehmen als führende Wirtschaftseinheiten der Weltökonomie geführt haben, gehen Leo Mayer und Fred Schmid auf die Ungleichmäßigkeit in der wechselseitigen kapitalmäßigen Durchdringung der Volkswirtschaften durch die ausländischen Direktinvestitionen der Großkonzerne ein, die sie als „ausschließende Integration“ bezeichnen, und charakterisieren im Abschnitt über die „Globale Wertschöpfung“ neue Entwicklungsprozesse in der internationalen Arbeitsteilung. In der „kapitalmäßig-betriebswirtschaftlichen Globalisierung“ sehen sie „das Herzstück des fortschreitenden Globalisierungsprozesses“. An die Stelle der nationalen Fabrik trete die „global factory“ ein und desselben Konzerns, der seine Wertschöpfungskette rund um den Globus legt und in einem Produktionsnetzwerk miteinander verbindet

(S.17). Gleichzeitig werde die gesamte Wertschöpfungskette als funktions- und unternehmensübergreifender Prozess reorganisiert. Als Kennzeichen für die Veränderungen in der Organisationsstruktur der Produktion gehen die beiden Autoren auf die Nutzung sowohl der Dezentralisierungs- als auch der Synergiepotenziale durch die Konzerne ein, die mit dem „outsourcing“, mit Rationalisierungen wie der Plattformstrategie, der stärkeren Bindung der Zuliefererindustrie an das Technologiekonzept des Konzerns, durch Umorganisation von Forschung und Entwicklung gekennzeichnet ist. Ihre Schlussfolgerungen daraus sind oft zu verallgemeinernd angesichts der noch bestehenden Defizite in der Analyse von Konzernstrukturen und auch des Zerfalls von Konzerngebilden sowie der Realitäten in der Welt des Kapitals. Sie schreiben: „Heute formiert sich das transnationale Kapital zunehmend zu einer integralen ökonomischen Einheit mit einer global angelegten Wertschöpfung. Die nationalen Ökonomien verwandeln sich in „Abteilungen“ dieser Weltfabriken. Ergebnis einer derartigen Welt-Wertschöpfung ist das „Weltprodukt“ (S. 23)

Die letzten beiden großen Abschnitte des Heftes erweitern zum einen die Sicht auf die Fusionswelle der 90er Jahre, insbesondere des gnadenlosen Konkurrenzkampfes zwischen den Großkonzernen um Neuaufteilung des Marktes, geben andererseits die Position der Autoren zum Monopolbegriff wieder. Ihre knappe Darlegung der Entwicklung vom nationalen zum transnationalen Monopol endet mit der Fragestellung, ob die in

der Weltwirtschaft dominierenden internationalen Konzerne mächtiger als die Staaten sind. Die „paar Schlaglichter“ auf die heutigen ökonomischen Dimensionen der Multis und ihr Agieren als „Quasi-Staaten“ mit quasi-politischen Entscheidungen sind ohne Zweifel als Hinweis der Verfasser des Heftes auf dringend notwendig zu untersuchende Prozesse in der Weltwirtschaft zu verstehen.

Insgesamt ist dieses Heft sehr anregend für die Diskussion und weitere Forschung. Die Autoren wünschen sich für ihr Projekt wissenschaftliche und materielle Unterstützung, aber auch Kritik. Von dieser Stelle aus sollte nur auf wenige bedenkenswerte Probleme hingewiesen werden.

Ein Punkt wäre die Verwendung von Begriffen und Kategorien, die für eine marxistische Wertung des heutigen Kapitalismus von Bedeutung sind und mit deren Verwendung sich die Autoren sich auch selbst auseinandersetzen. So wird m.E. der Begriff global viel zu häufig gebraucht, zumal die Autoren auch darstellen, dass viele neue Entwicklungstrends eben nicht global sind, ein Großteil der Welt von diesem „globalen“ Prozess gar nicht erfasst wird. Die Kategorie „globaler Durchschnittsprofit“ wird nicht erklärt. Vor allem aber sollte mit dem Begriff Globalisierung als heutige Erscheinungsform des Kapitalismus die außerordentliche Widersprüchlichkeit in der Entwicklung des Kapitalismus schärfer betont werden. In dem Sinne reicht die von den Autoren charakterisierte Globalisierung als eine qualitative Veränderung, als eine neue Phase im historischen Internationalisierungsprozess des Kapitals nicht aus. Die

politische Dynamik vieler neuer Erscheinungen, die sich vor allem auch aus den veränderten Existenzbedingungen für das Kapital ergeben, wird damit ausgeblendet.

Die Internationalisierung von Produktion und Kapital ist die entscheidende sozialökonomische Grundlage des heutigen Monopolkapitalismus. Mit der weiteren Vergesellschaftung der Produktion im internationalen Maßstab, wie sie sich in der Tendenz zum Aufbau internationaler Wertschöpfungsprozesse, in Fusionen und Übernahmen zeigen, erweitert sich auch die monopolistische Eigentumsstruktur, nimmt die Kapitalverfügung neue Dimensionen an. Deshalb wäre es auch von Interesse zu analysieren, in welchen Formen und Maßstäben heute, z.B. durch die Dezentralisierungsprozesse wie das „outsourcing“, die Aneignung von Profit vor sich geht, ob es in der Tat bei der Expansion des Kapitals über die nationalen Grenzen hinweg durch veränderte Konzernstrukturen eine Abkehr von der zentralen Verfügungsgewalt gibt (S. 23). Gerade die Verabsolutierung vieler neuer Entwicklungstendenzen in der Expansion der großen internationalen Konzerne wirft Fragen auf, z.B. danach, über welche Mechanismen die Auseinandersetzungen in der ökonomischen und politischen Kräftekonstellation zwischen den führenden imperialistischen Mächten korrigiert werden (S. 24), worin bei ökonomisch weitgehender Aufteilung der Welt und verschärfter Konkurrenz sich „eher eine Periode globaler Stagnation“ in der Erschließung neuer Märkte abzeichnet (S. 30). Das vorliegende Heft wirft also eine Fülle interes-

santer Fragen auf. Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Untersuchung über die Multis stehen außer Frage.

Gretchen Binus

„Informatisierung“ und globalisierte Unsicherheit

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 600 S., 29,80 Euro.

Das Jahr 1973 gilt als ein entscheidender Wendepunkt in der Ordnung, die sich nach dem zweiten Weltkrieg durchgesetzt hatte. Der Zusammenbruch des mit dem Namen „Bretton Woods“ verbundenen ökonomischen Systems und die wirtschaftlichen Krisenzustände, die auch in der östlichen „Hemisphäre“ auszumachen waren, können gleichermaßen als Vorbedingung des politischen Zusammenbruchs realsozialistischer Staaten seit 1989 und als Ausdruck der Erosion des westlichen Fordismus gelten. Spätestens mit der Zäsur von 1990 wurde offenbar, dass der eingeleitete Veränderungsprozess das Weltsystem als ganzes erfasst hat. Angesichts neuer Krisen- und Kriegszustände spricht heute keiner mehr vom „Ende der Geschichte“, vielmehr beherrscht ein anderes Schlagwort die neoliberal dominierte Debatte: „Globalisierung“. Wenn nur hemmende Regularien beseitigt werden, so versprechen neoliberale Anhänger dieses Prozesses, dann sorgen die freien Marktkräfte für eine herrli-

che Zukunft.

Der Band „Globalisierung der Unsicherheit“ von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf setzt diesen Mythen eine fundierte Untersuchung der globalen Realität entgegen. Die neoliberale Globalisierung bringt der Welt – Altvater und Mahnkopf zufolge – nicht Wohlstand und Prosperität, sondern „Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik“: „Denn einige der von uns aufgezeigten Entwicklungstendenzen weisen nicht in eine neue Weltordnung mit steigendem Wohlstand für alle, sondern in größere Unordnung, wachsende Ungleichheit, Formen der Sicherung von Arbeit und Einkommen, die Legalnormen brechen. Menschliche Sicherheit bleibt auf der Strecke.“ (9)

Zu informeller Arbeit und informellem Geld (Dollarisierung; Geldwäsche, Spezialgeld) ist bereits viel geschrieben worden. In letzter Zeit häufen sich auch die Arbeiten zu Aspekten informeller Politik (man denke an die Publikationen Mary Kaldors und Herfried Münklers zu „neuen Kriegen“). Das Buch von Altvater und Mahnkopf behandelt allerdings erstmals alle Ebenen von „Informalität“ in einem systematischen Zusammenhang. Mit dieser „transdisziplinären“ (9) (soziologischen, polit-ökonomischen und politikwissenschaftlichen) Gesamtanalyse gelingt es nicht nur zu zeigen, dass die neue Informalisierung auf allen Ebenen neue Unsicherheiten produziert, sondern auch, dass sie – so mannigfach ihre Erscheinungen, Bedingungen und Konsequenzen auch sein mögen – eine bestimmbare Ursache hat: „Die Informalisierung von Arbeit,

Geld und Politik ist ein Resultat der Transformation des und im globalen Kapitalismus.“ (25) Der Autor und die Autorin sehen in der neuen Informalität ein klassisches Krisenprodukt: „Auch wenn manche Theoretiker schon erste Anzeichen eines Postfordismus zu indentifizieren meinen [...], ist es bis zu einem ähnlich stabilen sozialen System, wie es der ‚Fordismus‘ im Verlauf eines halben Jahrhunderts darstellte, sehr weit.“ (25)

Die Begriffe „Postfordismus“ und „Informalität“ enthalten beide Negationen und sind daher insofern Krisenbegriffe, als sie nur in Relation zu einem erodierenden System und seinen Formen Sinn ergeben. Das erste Kapitel klärt daher den Begriff einer Unsicherheit erzeugenden Informalität in Abgrenzung zu gesellschaftlichen „Normen“, Formen“ und „Institutionen“, die „Arbeitssicherheit, Sicherheit der Einkommen und Ernährungssicherheit etc.“ (28) ermöglichen und garantieren. Ein hohes Maß an sozio-ökonomischer Sicherheit, wie es im fordistischen System bestanden hat, so Altvater und Mahnkopf, kann nur durch den engen wechselseitigen Zusammenhang dieser drei Komponenten erklärt werden. „Soziale Normen definieren, was in einer gegebenen Epoche und Gesellschaft ‚normal‘ ist, soziale Formen ermöglichen die Realisierung“ dieser Normen und „Institutionen sind auf Dauer gestellte gesellschaftliche Formen“ (29). Wenn nur Normen, die einen „förmlichen“, „institutionellen Ausdruck“ (28) gefunden haben, wirkliche Sicherheit garantieren, ist der Umkehrschluss berechtigt: „Wenn Normen ‚weich“

und Formen ins Informelle aufgelöst werden, ist menschliche Sicherheit negativ betroffen.“ (28) Denn die allgemeinste Definition von „Informalität“ formulieren Altvater und Mahnkopf wie folgt: „Informell ist alles jenseits gesellschaftlich definierter Formen/Normalität“. (29)

Da erst die kapitalistische Industriegesellschaft die Vielheit von Formen und Normen vorkapitalistischer Gesellschaften aufhob und in gesamtgesellschaftlichen Institutionen normierte, sei Informalität als solche Produkt der kapitalistischen Dynamik, wie prekär und unsicher vorherige Lebensverhältnisse auch gewesen seien. (29f.) Der Autor und die Autorin differenzieren den Begriff des Informellen nun in dreifacher Weise: Informalität kann als „Relikt oder Residuum“, als „Avantgarde“ oder als einfache Negation der Formen und Normen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auftreten (31). Im ersten Fall werden Formen aus vergangenen Phasen kapitalistischer und vorkapitalistischer Ordnung konserviert, im zweiten Fall kommende Formen vorweggenommen, während der dritte Fall „Gegenformen“ herausbildet, die im Extremfall zu einer „Gegengesellschaft“ führen können.

Die gesellschaftliche Konstruktion von Normen und Formen hat folglich zugleich eine inkludierende (alles, was sich innerhalb des normierten Systems befindet) und eine exkludierende Wirkung. Anders gesagt, im selben Moment, in dem bestimmt wird, welche Handlungen in einer Gesellschaft als „normal“ gelten, wird auch bestimmt, welche Handlungen ins Informelle abgedrängt

werden. Da Informalität folglich den selben Ursprung hat wie förmliche Normierung, ist sie nicht das schlechthin Andere, die Randscheinung, sondern Teil des Systems. Altvater und Mahnkopf stellen daher auch folgerichtig fest, dass Informalität den Verwertungsinteressen des Kapitals nicht widersprechen muss. Gerade in Krisenzeiten, in denen zunehmend mehr Arbeitskräfte „wegrationalisiert“ werden, kann der informelle Sektor eine das Gesamtsystem stabilisierende Wirkung als „Schockabsorber“ (153ff.) entfalten, freilich zum Preis sozialer Unsicherheit derjenigen, die in ihm arbeiten müssen.

Informelle Handlungsmuster realisieren sich in gesellschaftlichen „Zwischenräumen“. In den Bereichen etwa, die nicht in die gesellschaftliche Normalität integriert sind oder die – bei erodierender Kohärenz des gesellschaftlichen Normensystems – entstehen. Gerade diesen zweiten Fall – „Informalisierung als Folge von Normenkonflikten“ (52) – sehen Altvater und Mahnkopf als charakteristisch für die Informalisierung in Zeiten der Globalisierung: „Paradoxerweise kann die Befolgung von Normen, die im nationalstaatlichen Kontext soziale Geltung haben, in die Informalität treiben, weil globale/supranationale Normen andere Anforderungsprofile als bisherige nationale Normen verlangen.“ (53) Beispiele für solche Normenkonflikte sehen der Autor und die Autorin in den Strukturanpassungsprogrammen des IWF, die die Aufgabe bisheriger sozialer Rechte fördern: „Die Ausweitung der Informalität ermöglicht eine elastische Anpassung von Öko-

nomie und Gesellschaft eines ‚Standorts‘ an die durch die globale Konkurrenz gesetzten Standards.“ (53); so etwa im System der „certification“, mit dem die USA die Welt in gute Staaten und böse „rogue-states“ einteilen kann (53f.) oder in Konflikten zwischen den „Kriterien von Maastricht als harte[n] monetäre[n] Normen“ und dem Normalarbeitsverhältnis. Gerade bei diesem letzten Beispiel können zwei informelle „Formen“ entstehen, entweder eine „kreative Buchführung“, welche die Einhaltung der Maastricht-Normen vorspiegelt“ oder die Außerkräftsetzung „tradiierter Schutzbestimmungen“. (55) Ein großes Problem besteht Altvater und Mahnkopf zufolge darin, dass supranationale Vereinbarungen die Sicherheitsgarantien nationaler Reglements meist nicht ersetzen können: „Je weiter der Geltungsbereich von Normen und Standards, desto ‚weicher‘ und unverbindlicher sind sie. Jedenfalls gilt das für die Ökonomie.“ (63)

Der durch diese Normenkonflikte entstehende Normalitätsverlust wird durch „informelle Normen“ kompensiert: „Wenn die institutionalisierten Normen in den tradierten Formen von Arbeit und Geld von einer wachsenden Zahl von Menschen nicht befolgt werden (können), so ist dies ein Hinweis darauf, dass die Fähigkeit und/oder die Bereitschaft staatlicher Institutionen, für die Einhaltung etablierter Spielregeln zu sorgen, verloren gegangen, zumindest aber stark eingeschränkt ist. [...] In einigen afrikanischen Ländern oder in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion befinden sich selbst die zentralen Elemente moderner Staat-

lichkeit – das Gewaltmonopol und die Rechtsstaatlichkeit – in Auflösung. Doch auch dort, wo der Staat sich nicht ‚auflöst‘ oder seine Akzeptanz völlig verliert, vermindert sich seine Rolle als Schutzmacht, die in regulierten Kontroll- und Garantiefunktionen besteht und in Arbeits- und Sozialrechten verankert ist.“ (72)

Der Teufelskreis des Informellen besteht darin, dass Unsicherheit die Leute in die Informalität treibt und die verschiedenen Ebenen und Spielarten des Informellen neue Unsicherheiten hervorbringen. Besonders augenfällig wird dies bei den Formen der Informalität, die sich in fließenden Übergängen zu illegalem und kriminellem Handeln befinden. Gerade hier entstehen Gegengesellschaften, die eigene Normen herausbilden, „die sich unter bestimmten Bedingungen zu Formen der informellen Regulation verdichten: z.B. zur omertà, dem ‚Gesetz‘ der Mafia oder zu Regeln der ‚Diebe, die sich zum Gesetz bekennen‘ wie in Russland [...]“ (74) Organisiertes Verbrechen braucht Garantien für die Verlässlichkeit reziproker „Geschäftsbeziehungen“. Daher gehen diese Prozesse einher mit der Herausbildung eigener Zwangsmittel: „und meist ist dies die nackte Gewalt.“ (74) Dass „gegengesellschaftliche“ Regulationen wie diese der menschlichen Sicherheit eher schaden als nutzen, braucht wohl kaum eine ausführlichere Begründung.

Doch selbst gegengesellschaftliche Formen der Informalität wie kriminelle oder terroristische Netzwerke sind nicht schlechthin „außerhalb“ des Systems. Besonders in Formen von Geldwäsche und Korruption

bleiben sie aufs Engste mit der etablierten Ökonomie verbunden. Finden – zumindest seit dem 11. September 2001 – auch verstärkte internationale Bemühungen statt, konsequenter gegen Geldwäsche vorzugehen, so fällt auf, dass es bei Tatbeständen wie Steuerhinterziehung und Kapitalflucht weit weniger leicht ist, einen internationalen Konsens zu erzielen. (223ff.)

Die Informalisierung des Geldes und die Informalisierung der Arbeit sind eng miteinander verknüpft. Die Informalität der Distribution kann vom bargeldlosen Warentausch in Tauschringen und Countertrademechanismen über Spezialgelder (z.B. Zigaretten) bis zu Dollarisierung und Euroisierung, also dem Verlust eines Staates über seine Währungshoheit, reichen. (251) Traditionelle Lohnarbeit als normiertes Verhältnis kann nur funktionieren, wenn die Lohneinnahmen Konsumtion ermöglichen. Wenn – wie gegenwärtig z.B. auf Kuba – der Peso, in dem die Gehälter bezahlt werden, an Bedeutung verliert gegenüber dem Dollar, der als Parallelwährung mit eigentlicher Kaufkraft fungiert, so wird der informelle Sektor gestärkt, in dem es Menschen möglich ist, an Dollars zu kommen.

In gewisser Weise kulminieren alle Formen der Informalisierung in der Informalisierung der Politik. Da Sicherheit gebunden ist an „förmliche Institutionalisierung“, sind die neuen Unsicherheiten nicht zu verstehen ohne eine eingehende Analyse der Erosion verbindlicher Reglements. Altwater und Mahnkopf unterscheiden „sechs Gestalten des Verhältnisses von formeller und informeller

Politik“ (289ff.). Informelle Politik kann erstens formelle Politik ergänzen (eigenständiges Verwaltungshandeln, Absprachen zwischen Regierungen etc.), Residuen und Relikte vergangener politischer Formen tradieren (z.B. traditionelle Formen von Selbstjustiz), Politik durch große Korruption delegitimieren, politische Systeme und Staatlichkeit zerstören (etwa wenn organisierte Kriminalität oder Terrorgruppen Staaten „kapern“), formelle Politik avantgardistisch erweitern (etwa in Foren und Gruppen der „global governance“) oder das internationale politische System durch die Auflösung von Gleichgewichtszuständen in den internationalen Beziehungen informalisieren. (289)

Von diesem Schema ausgehend unterscheiden Altvater und Mahnkopf „Unordentliche Informalisierung“ (die „Privatisierung der Politik“, die meist einhergeht mit Staatszerfall und neuen Bürgerkriegsökonomien) (313) und „Ordentliche Informalisierung“ („Global Governance“) (324). Da, wie bereits bemerkt, beide Bereiche zusammenhängen (etwa durch Informalität erzeugende Normenkonflikte) und die bisherigen Systeme globaler Institutionalisierung zumeist nur weiche Formen hervorgebracht haben, kann auch die „ordentliche Informalisierung“ Unsicherheit erzeugen, solange sie Bestandteil des neoliberalen Projektes von Flexibilisierung und Deregulierung bleibt. Von der Gleichzeitigkeit und der Abhängigkeit beider Formen von Informalisierung ausgehend, entwerfen Altvater und Mahnkopf vier Zukunftsszenarien mit denen sie anschließen an die gegenwärtige De-

batte um eine neue Weltordnung. So könne es sein, dass neue realpolitische Konflikte die großen Staaten und Blöcke in eine gefährliche Konkurrenz um Ressourcen treiben (338f.). Ein zweites Szenario könnte in der Entfaltung der avantgardistischen Potenz von global governance liegen. Allerdings befürchten Altvater und Mahnkopf, dass eine demokratisierende und letztlich formalisierende internationale Politik angesichts unilateraler Politikformen eher unwahrscheinlich ist. (341f.) Auch eine Chaotisierung der Politik dadurch, dass Terrorgruppen, kriminelle Banden und Warlords hegemonial werden, erscheint dem Autor und der Autorin nicht wirklich wahrscheinlich. Die größten Aussichten zur (vorläufigen) Durchsetzung sehen sie in einem Konzept, das sie als die „Ordnung der unordentlichen Informalisierung“ (343) bezeichnen und das im „Krieg gegen den Terror“ gerade ausprobiert wird: „Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die in der Reproduktionsstruktur des globalen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugte und durch den Markt externalisierte Unordnung unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen.“ (343) Dass dieses Szenario nicht geeignet ist, eine weltweite Stabilisierung mit größerer Sicherheit für die Menschen zu erreichen, erscheint Altvater und Mahnkopf als evident. Letztlich führe kein Weg vorbei an einer Internationalisierung durch global governance, mit einer schrittweisen Formalisierung und Institutionalisierung sozialer Rechte, will man die Unsicherheit minimieren oder gar aufheben. Dass gerade

dieses Konzept als das unwahrscheinlichste erscheinen muss, gibt der Lektüre des Buchs zu recht einen pessimistischen Beigeschmack.

David Salomon

Reichweite und Grenzen der französischen Regulationstheorie

Joachim Becker, Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Metropolis Verlag, Marburg 2002, 326 S., 36,80 €

Wie der Titel bereits andeutet, fließen in dem hier anzuzeigenden Werk des Wiener Wirtschafts- und Politikwissenschaftlers unterschiedliche Interessen und Fragestellungen zusammen: In welchem Verhältnis stehen ökonomischer Prozess bzw. Kapitalakkumulation zu Veränderungen der räumlichen Reichweite ökonomischer Beziehungen und zu den staatlichen Einflussmöglichkeiten? Diese Grundfrage ist, wie sofort einsichtig wird, mit den Themen der Globalisierung, der transnationalen politischen Institutionalisierung, der Lokalisierung und Dezentralisierung, den Tendenzen zum Staatszerfall, den Prozessen der Transformation von Ökonomien und politischen Systemen (z.B. in Osteuropa) etc. verbunden, deren sich wiederum verschiedene Disziplinen annehmen. Der Verfasser nähert sich der Fragestellung, indem er – Komplexität reduzierend – sich auf die (seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts entstandene) französische Regulationstheorie

konzentriert, die mit der Thematisierung des Verhältnisses von Akkumulationsregime und institutioneller Regulationsweise zugleich das für alle Sozialwissenschaften grundlegende Problem des Verhältnisses von Struktur und Handlung ins Zentrum der theoretischen Reflexion stellt.

Nach einem theoriegeschichtlichen Rückblick, der das Verhältnis von Ökonomischem und Politischem und von beidem den Bezug zum Raum bei A. Smith, F. List, W. Sombart, M. Weber, K. Marx und F. Engels bis hin zu imperialismustheoretischen Konzepten streift (Kapitel 1), werden anschließend Akkumulation und Akkumulationsregime (Kapitel 2), dann Regulationsweisen (Kapitel 3) und schließlich deren Interaktionen (Kapitel 4) bei jeweils der „Grenobler“ wie der so genannten „Pariser Schule“ – als den beiden Hauptströmungen der französischen Regulationstheorie dargestellt und in ihren Schwachpunkten kritisiert. Dabei werden wieder die jeweiligen Wurzeln (u.a. Marx, Perroux, Keynes), die Hauptausprägungen und die führenden Vertreter der Hauptschulen und Unterströmungen relativ detailliert und informationsreich dargestellt (Aglietta, de Bernis, Lipietz, Boyer, Théret etc.). Auch die praktisch-politische Bedeutung dieser Denkschulen sowie ihre wichtigen Veränderungen im zeitlichen Verlauf werden vom Verfasser analysiert. Im 5. Kapitel schließlich wird die Frage erörtert, welche Konzepte von den Hauptvertretern der beiden französischen Regulationsschulen bezüglich der Interaktion von Regulation und Räumlichkeit offeriert werden. Gerade in diesem Kapitel stößt die Arbeit von Becker von der

Analyse abstrakter Kategorien zur Perception des Konkreten durch die Regulationsschule vor und erörtert Fallbeispiele von historisch-spezifischen Akkumulationsregimes und ihrer räumlichen Expansion, wie z.B. der kolonialen im 19. Jahrhundert (249ff.).

Schwächen und Grenzen der diskutierten Varianten der französischen Regulationstheorie sieht Becker vor allem in ihrer Staatsanalyse, dem zugrunde gelegten Raumkonzept (z.B. der Prämisse von der Deckungsgleichheit vom Raum ökonomischer Verflechtungen mit dem Raum der Regulation) sowie den Analysen von Akkumulation und Regulation in der Dritten Welt. Auf diesen „blinden Fleck“ weist Becker nicht nur abstrakt hin, sondern bietet entsprechende eigene Analysen (zumindestens im Überblick) an (z.B. 178-200).

Im letzten Kapitel schließlich fasst Becker die Ergebnisse zusammen und zieht eigenständige – aus seiner Kritik erwachsende – Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der Regulationstheorie. Dabei stellt er den drei Typen der Akkumulation von Kapital (produktiv/fiktiv; extensiv/intensiv; extra-/introvertiert) in ihren jeweiligen Hauptformen (Waren-, Produktiv- und Geldkapital) die vier strukturellen Hauptformen der Regulation gegenüber, die nach Auffassung von Becker durch das Lohnverhältnis, die Konkurrenz, die „Geldbeschränkung“ sowie die „ökologische Beschränkung“ konstituiert werden. Diese Ebenen entsprechen jeweils unterschiedlichen Konflikttypen horizontaler oder vertikaler Natur. Die einzelnen Akkumulationstypen und Kapitalformen können sich

prinzipiell auf unterschiedliche Weise mit den Grundformen der strukturellen Regulationsweisen verbinden. Allerdings sind die Kombinationen nicht beliebig oder völlig willkürlich, da bestimmte Kapitalstrukturen Möglichkeitsfelder abstecken, die von den Hauptakteuren in differierender Weise genutzt werden können. Deren Handlungsergebnisse weisen so „ein gewisses Maß an Kontingenz auf“ (273). verschiedene Grade der Stabilität der Akkumulationsregimes. In der Asynchronität der Dauer von Akkumulationsregimes und strukturellen Formen der Regulation sowie auch in deren differierender Reichweite (auch in räumlicher Hinsicht) liegen die grundsätzlichen Möglichkeiten von Krise und Instabilität beschlossen (283).

Die leicht überarbeitete Habilitationsschrift, die der Wiener Wirtschaftsuniversität präsentiert wurde, ist ein überaus informatives und gedankenreiches Werk, das die weitere Diskussion um die Regulationstheorie in der Bundesrepublik Deutschland stark beeinflussen wird. Die minutiöse Aufarbeitung der verschiedenen französischen Theoretiker stellt für sich genommen schon eine große Leistung dar. Deren kritische Verarbeitung und Einbettung in die internationale Gesamtdebatte sowie der Aufweis dessen, wie die Kategorien der Regulationstheorie auch auf weltwirtschaftlicher Ebene für das Nord-Süd-Verhältnis oder die Analyse von Entwicklungs- und Unterentwicklungsprozessen sowohl in den Metropolen wie der Peripherie genutzt werden können, stellt ein weiteres großes Verdienst dieser Arbeit dar, deren Literaturverzeichnis (285-326) im übrigen eine Fundgrube für viele Inte-

ressenten aus dem Lager einer kritischen politischen Ökonomie darstellen dürfte.

Dieter Boris

Dialektische Grundbegriffe

Renate Washner, Naturwissenschaft. Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, transkript Verlag, Bielefeld 2002, 54 S., 7, 60 Euro

1998 erschien das erste Heft der „Bibliothek dialektischer Grundbegriffe“, damals im Aisthesis Verlag Bielefeld. Im ersten dieser Hefte ging es um das Thema „Naturwissenschaft“. Autorin war Renate Wahsner, Professorin am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, die bereits seit längerer Zeit durch Arbeiten zum Verhältnis von Philosophie und (insbesondere) Physik, zur Geschichte beider Wissenschaften und ihrer Beziehungen arbeitet, dazu eine größere Anzahl von Büchern und anderen Beiträgen (nicht nur im eigenen Land) veröffentlicht hat. Die Neuauflage dieses Heftes im transkript Verlag ist Anlass für diese Besprechung.

Hegel hatte Philosophie als „Denken des Denkens“ definiert und gesagt, die Wissenschaften machten „das Material für die reale Philosophie aus“ (Werke, Band XIX, S. 544). Sich daran haltend, hatte er in seinen Werken die realen Gehalte der Wissenschaften so sehr eingearbeitet, dass Lenin in seinen nachgelassenen philosophischen Notizen einmal anmerkte: „In diesem idealistischsten Werk Hegels ist am wenigsten Idea-

lismus, am meisten Materialismus.“ (LW 38, S. 226) Engels, im Bestreben, Hegels Idealismus materialistisch umzustülpen, hat sich auf der Grundlage jahrzehntelangen naturwissenschaftlichen Studiums daran gemacht, durchaus nach Hegels Vorgehensweise die marxistische Philosophie durch reale naturwissenschaftliche Gehalte anzureichern. Dies begründete eine Tradition in der marxistischen Philosophie.

Die Frage ist „nur“, wie die Wissenschaften das Material für die reale Philosophie ausmachen. Wenn Philosophie „Denken des Denkens“ ist und die Naturwissenschaften und darin nun wiederum insbesondere die Physik sich mit materiellen Objekten und deren Beziehungen befassen, kann es zwischen beidem keine unmittelbaren Beziehungen geben (35).

Hat Engels das etwa anders gesehen? In seiner Schrift über Feuerbach spricht er vom Ende der ganzen bisherigen Philosophie. Man hat dann die erreichbaren relativen (statt der unerreichbaren absoluten) Wahrheiten zum Thema, diese aber für die positiven Wissenschaften, während es der Philosophie um die „Zusammenfassung ihrer Resultate vermittelt des dialektischen Denkens“ gehe“ (MEW 21, S. 270). Diese Zusammenhänge seien „nicht im Kopf auszudenken, sondern in den Tatsachen ... zu entdecken“. Für die Philosophie verbleibt „nur noch das Reich des reinen Gedankens, soweit es noch übrig; die Lehre von den Gesetzen des Denkprozesses selbst, die Logik und Dialektik“ (MEW 21, S. 306). Es gab Versuche marxistischer Philosophen, diese Passage zu relativieren, da sie dem Bestreben entge-

gensteht, die „Tatsachen“ der Naturwissenschaften in die Naturdialektik einfach einzubauen. Werden jedoch naturwissenschaftliche Theorien, Hypothesen, Einsichten unmittelbar als Wissens Elemente in den dialektischen Materialismus eingebaut, so ist die Folge, dass eigentlich Philosophisches durch Naturwissenschaftliches ersetzt, Philosophie sukzessive zurückgedrängt, in der Perspektive durch Naturwissenschaft ersetzt werden könnte, womit man sich letztlich im Bunde mit der neuzeitlichen Analytischen Philosophie befände.

Dem gegenüber bemühen sich die philosophischen, philosophie- und physikgeschichtlichen Arbeiten von Wahsner und ihrem Partner Horst-Heino von Borzeskowski seit längerem um Klarstellung. Auch das vorliegende Bändchen ist in diese Bemühungen einzuordnen. Es steht in der Tradition der klassischen deutschen Philosophie, insbesondere Hegels und Kants, sowie der philosophischen Positionen von Marx, Engels und Lenin (ohne sie fortwährend zu zitieren).

Inwiefern die Arbeit in der Tradition Hegels steht, wurde schon angedeutet. Wie steht es um die Verbindung zu Kant? Er hatte dargetan – und das wurde weder von Hegel noch von den Begründern des Marxismus zurückgenommen – dass unser Wissen aus zwei Quellen gespeist wird: aus der Erfahrung und aus dem Denken. Der empiristische Standpunkt, wonach das Denken erst im nachhinein zum Erfahrenen hinzutritt, ist nicht haltbar. Alle Erfahrung ist bereits eingebettet in gedankliche Rahmen, die uns im Bestreben nach Erfahrung lenken; ganz so wie Einstein einst zu

Heisenberg sagte: Theorie entscheide, was beobachtet (und wie Beobachtetes verstanden) werde. Kant zeigt, dass wir in der geistigen Aneignung von Wirklichkeit stets von bereits vorhandenen (geistigen) Produktionsinstrumenten ausgehen: Raum, Zeit, Kausalität u. a. (er bediente sich einer ganz anderen Terminologie), und auch diesen Gedanken haben weder Hegel noch die marxistische Philosophie zurückgenommen. Hegel hat dieses Zwischenglied der geistigen Aneignung von Wirklichkeit (wir Marxisten können getrost hinzusetzen: auch der materiellen Aneignung, der Produktion) seines vermittelnden Charakters wegen Mittel genannt (Wahsner verweist an dieser Stelle ihres Aufsatzes auf das neu in die „Bibliothek“ aufgenommene Heft „Mittel“ – Autor Hubig). Es gibt folglich nicht nur materielle, sondern auch intellektuelle Arbeitsmittel. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass Kant sich nicht imstande sah, die Herkunft dieser intellektuellen Mittel zu erklären, dass er sie als vor jeder Erfahrung und unabhängig von ihr, eben als apriorische bezeichnete.

Was ist es nun, das die Naturwissenschaft, das der Physiker als Wirklichkeit ansieht, fragt Wahsner. Ist es die Natur selbst, Natur „an sich“ (8ff.)? Abgesehen davon, dass es sie ja kaum noch gibt, dass wir es stets mit bereits vom Menschen bearbeiteter Natur zu tun haben, muss der Naturwissenschaftler, um seine Objekte einer irgendwie gearteten „Messung“ unterziehen zu können, diese aus ihren „natürlichen“ Zusammenhängen herauslösen, sie so zurechtmachen, dass sie ideal für den Messvorgang geeignet sind (23ff.). So hat es der

Naturwissenschaftler mit einer dreigliedrigen Beziehung zu tun, mit dem Subjekt, dem (für die Messung zurechtgemachten) Objekt und den Erkenntnismitteln (die in der Regel ebenfalls aus vom Menschen aus Naturmaterial geformtem und zurechtgemachtem Material bestehen).

Es gibt hier einen verblüffenden Übergang zu Marx! Er betrifft – Renate Wahsner verweist darauf (16) – die Analyse des Doppelcharakters der Ware im ersten Band des „Kapitals“. Marx legt dort dar, dass der Gebrauchswert aus der Analyse des Werts herausfällt, Gegenstand der Warenkunde sei.

Erkenntnistheoretisch bedeutsam, sagt Wahsner, ist das für die Diskussion unseres Themas: Der Gebrauchswert, die vielen möglichen nützlichen Eigenschaften eines Produkts, spielt in der Analyse des Wertproblems keine Rolle. Hinsichtlich des Werts werden Produkte nur unter einem einzigen Gesichtspunkt analysiert: Ergebnisse verausgabter abstrakter, unterschiedsloser Arbeit zu sein. Die Physik, jegliche Naturwissenschaft, untersucht ihre Objekte jeweils unter einem ganz bestimmten Gesichtspunkt: dem der Ausdehnung, dem des Gewichts, dem der Bewegung usw., aber niemals als ein Ganzes mit seinen unendlich vielen möglichen Eigenschaften (die sich erst im Zusammenhang mit anderen Objekten zeigen bzw. herausbilden). Doch was das jeweilige Objekt selbst ist, wird durch die spezielle Untersuchung durch die jeweilige Naturwissenschaft nicht ermittelt. Freilich: Die Philosophie könnte ihre die vielen Eigenschaften, Wirkungen, Beziehungen eines konkreten Gegen-

stands zusammenfassende, verbindende, vereinigende Arbeit nicht leisten ohne das durch die Fachwissenschaften erarbeitete Material.

Worin besteht also die Wirklichkeit der Philosophie? Wie gelingt es ihr, über diese Sphäre hinaus in die „wirkliche Wirklichkeit“ einzudringen? Das ist die Frage, um die es der Philosophie letztlich gehen muss. Wahsner und ihr Partner haben in einer Reihe von Arbeiten, von Marx (einer Feuerbach-These) ausgehend, darauf verwiesen: Für die Naturwissenschaft sind die untersuchten Gegenstände immer nur als Objekte („in der Form des Objekts“, Marx) vorhanden. Am Objekt untersuchen sie jeweils eine bestimmte, aus dem Gesamtzusammenhang herausgelöste und möglichst störungsfrei gemachte (ideale) Eigenschaft. Nur die Philosophie geht davon aus, dass es Objekte dieser Art gar nicht gibt, dass sie alle miteinander zusammenhängen, ihre Eigenschaften und Wirkungen erst in ihnen entfalten, und dass es der Mensch ist, der mit seiner Aktivität diese Zusammenhänge aufdeckt, so dass die Philosophie, im Unterschied zur Naturwissenschaft, die Objekte unter der Form des Subjekts sieht und sehen muss (48).

Eine andere grundlegende Frage ist, ob Naturwissenschaften auf Philosophie verzichten können, oder ob diese nicht vielmehr einen gewissen schon stets vorhandenen Vorbereich für fachwissenschaftliches Tun darstellt. Das schon erwähnte Apriori-Problem Kants ist eine Antwort auf diese Frage. Die konkreten Wissenschaften setzen doch stets das Vorhandensein einer zu untersuchenden Realität und damit das Vorhanden-

sein einer Theorie darüber voraus.

Renate Wahsners Büchlein stellt in seiner Systematik die Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer zahlreichen Studien zum benannten Themenkomplex dar. Insofern erfordert die Lektüre ernsthaftes Studium. Dies nicht deshalb, weil etwa die Schreibweise der Autorin Beschwerden machte, dem ist nicht so. Es geht um die Komprimiertheit des Textes.

Nach der Klärung dessen, was zu verschiedenen Zeiten „Natur“ bedeutet und was die Wirklichkeit der Naturwissenschaften ist, sowie der Analyse unserer intellektuellen Arbeitsmittel und der wissenschaftlichen, experiment-gestützten Erfahrung kommt sie auf eine am Beginn der Neuzeit sich herausbildende wesentliche Änderung des Erkenntnisprozesses und des Naturverständnisses zu sprechen: In den Mittelpunkt rückten nun Wirkungen und Änderungen der Gegenstände und damit das Problem der Bewegung. Damit verbunden traten jene Probleme ins Zentrum eines philosophischen Verständnisses von Natur, die mit den Widersprüchen der Bewegung des Endlichen und Unendlichen usw. verbunden sind.

Wahsner untersucht dann, wie in der Geschichte der Philosophie und Physik, beginnend mit den Eleaten und Herakliten, über die Atomisten und schließlich, von prinzipieller Bedeutung für die Neuzeit, durch Newton, die Lösung des Bewegungsproblems erfolgte. Im weiteren sind spezifische erkenntnistheoretische Fragen ihr Untersuchungsgegenstand – beispielsweise Probleme des Empirismus, Verhältnis von Theorie und

Empirie, Bedeutung der Messung, des Experiments, das Verhältnis von Analytik und Dialektik usw. In diesem Zusammenhang sind auch die Ausführungen zum Kantschen Apriorismus, der angeblichen Widerlegung dessen durch die Raum-Zeit-Theorie der Relativitätstheorie (35f.) von Bedeutung, indem auf die Unverzichtbarkeit der Euklidischen Geometrie für jeglichen Messprozess (und damit für Naturwissenschaft) verwiesen wird. Auch die erkenntnistheoretischen Probleme der Quantenmechanik werden angesprochen (37) und das Problem (auch in Auseinandersetzung mit Jaeglé's „Raum und Zeit. Grundfragen naturwissenschaftlicher und philosophischer Erkenntnis“, Köln 1980), ob physikalische Begriffe geschichtlich seien oder nicht.

Wichtig ist die Feststellung: „Philosophische Interpretation physikalischer bzw. naturwissenschaftlicher Tatsachen kann sinnvoll nur bedeuten, das erkenntnistheoretische Fundament der jeweiligen Theorie, in deren Rahmen die betreffenden Tatsachen gewonnen wurden, philosophisch aufzuklären.“ (31f.) Das richtet sich u. a. gegen die oben angesprochenen Versuche, die Differenz zwischen Philosophie und Naturwissenschaft aufzuheben und naturwissenschaftliche Tatsachen bereits als Elemente von Philosophie zu verstehen (womit eigentlich Philosophie in Naturwissenschaft aufgelöst wird). Das hat aber auch Konsequenzen für das Problem einer Dialektik-Konzeption. Da es zwischen Naturwissenschaft und Philosophie einen qualitativen Unterschied gibt – weshalb beide notwendig sind –, kann

Dialektik nicht Wissenschaft von naturwissenschaftlichen Tatsachen sein. Es geht darum, dass Dialektik Lehre von den Denkbestimmungen ist, von ihren Bewegungen, die in den Wissenschaften (nicht nur den Natur-Wissenschaften) angewendet werden (35).

Abschließend kommt eine Zurückweisung der modischen These, die Naturwissenschaften seien für die modernen Gefährdungen verantwortlich (40ff.). Da wird manches Argument als das bloßgestellt, was es ist, ein Kurzschluss.

Es gibt also eine außerbewusste Realität als Voraussetzung jeglicher Wissensbemühung. Die sogenannten Fachwissenschaften bemühen sich darum, so viel wie möglich darüber zu erfahren. Hierfür benutzen sie „Mittel“ ganz im Sinne der Hegelschen Bedeutung dieses Wortes, um auf die Erkenntnisgegenstände einzuwirken. Sie können das aber nur, indem sie diese Erkenntnisgegenstände aus ihren jeweiligen Zusammenhängen herauslösen, sie „idealisieren“ und vermittels der genannten Mittel erforschen. Wir haben eine dreigliedrige Relation: Subjekt und Objekt, dazwischen „geschoben“ das Mittel. Dies ist dann auch der Modus zum Verstehen der Dialektik-Problematik: Dialektik hat im Objektiven Fundamente – etwa in dem allseitigen Zusammenhang der Dinge und Erscheinungen. Diese können Thema von Fachwissenschaften nur als Nebenergebnisse ihres Arbeitens sein. Die Naturwissenschaft ist nicht dialektischer (aber auch nicht positivistischer) Art. Schon darum nicht, weil sie als Fachwissenschaft auf die Erforschung von Zusammenhängen,

die sich außerhalb des erforschten Gegenstandes bilden, verzichten muss. Aber die Naturwissenschaft erarbeitet Material, das – will man die objektive Realität nicht als Haufen isolierter Gegenstände „verstehen“ – der Dialektik als Theorie des Gesamtzusammenhangs bedarf (und die im Objektiven ihre Fundamente hat). Also Objektives, Dialektik-Heckendes, Subjektives, sie „negierend“, Dialektik als Rekonstruktion auf der Ebene der Philosophie. Das bedeutet, dass die These, die Naturwissenschaften brächten aus sich heraus den dialektischen Materialismus hervor, nicht zutreffend ist – täten sie dies, bedürfte es keiner marxistischen Philosophie! Und es ist doch auch auf Lenins Bemerkung zu verweisen, es würden aus der Naturwissenschaft auch immer wieder reaktionäre philosophische Konsequenzen gezogen. Sie erzeugen Material für die materialistische Dialektik, ganz in jenem Sinne, in dem Hegel sagte, die Wissenschaften böten der Philosophie das Material. Material, ja, aber daraus Philosophie, Dialektik „zu machen“, das ist die Aufgabe der Philosophie.

Robert Steigerwald

Freunde und Renegaten

Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. Dritte Abteilung: Briefwechsel. Band 13: Friedrich

Engels/Karl Marx. Briefwechsel Oktober 1864 bis Dezember 1865. Bearbeitet von Svetlana Gavrilëenko, Olga Koroleva, Inna Osobova und Rolf Dlubek. Akademie Verlag Berlin 2002, 2 Bde. im Schuber IXI, 1443 Seiten. 168 €.

Herres, Jürgen, und Manfred Neuhäus (Hrsg.): Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Berichte und Abhandlungen. Herausgegeben von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Sonderband 8, Akademie Verlag GmbH, Berlin 2002, 69,80 €

Nun liegt ein weiterer Band aus der dritten Abteilung der Marx-Engels-Gesamtausgabe vor. Er enthält Briefe von und an Karl Marx und Friedrich Engels aus der Zeit Oktober 1864 bis Dezember 1865. Dies war ein besonders komplizierter, aber auch fruchtbarer Abschnitt in der Biographie insbesondere von Marx: Der erste Band des „Kapital“ stand kurz vor der Fertigstellung. Am 21. März 1865 konnte er mit Otto Meißner den endgültigen Verlagsvertrag abschließen. Lassalle war tot, jetzt ging es um die Beziehung zum von ihm hinterlassenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Vom September 1864 an waren Marx und Engels erstmals seit 1849 wieder mit Führungsverantwortung in einer politischen Organisation eingespannt: in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA). Engels nahm in einer selbständigen Publikation Stellung zum Konflikt um die preußische Mi-

litärverfassung. Während des nord-amerikanischen Bürgerkriegs meldete sich nach langer Zeit wieder der alte Freund Joseph Weydemeyer, jetzt Oberst in der Armee der Union. Begierig stürzte sich Engels auf seine Informationen auch bezüglich technischer Details.

Die nüchterne und faktenreiche Einführung von Svetlana Gavrilëenko, Olga Koroleva, Inna Osobova und Rolf Dlubek leuchtet den zeitgeschichtlichen Kontext aus, die Textgestaltung ist in altgewohnter Weise solide, die Erläuterungen sind unaufdringlich und doch umfassend sachhaltig. So fühlt sich der Leser schnell auf sicherem Grund und kann seiner Suche nach Neuheiten nachgehen. Sie finden sich vor allem in den sogenannten „An-Briefen“ – also Schreiben der Partner von Marx und Engels. Hier wird naturgemäß eine Fülle von Erstpublikationen geboten, darunter acht Briefe von Hermann Jung (Mitglied des Generalrats der IAA), vier von Weydemeyer, sechs von Johann Baptist von Schweitzer, 33 von Wilhelm Liebknecht (teils ganz neu, teils erstmals vollständig). Billets, die mit Führern der britischen Gewerkschaften im Zusammenhang der IAA getauscht wurden, vermitteln einen Eindruck auch von den Alltagskontakten in London.

Die Belegung der politischen Aktivität in Deutschland und Marx' und Engels, nunmehr wieder stärkeres Hervortreten in der Öffentlichkeit führten zu einigen recht delikaten Briefwechseln: Bekannte aus früheren Zeiten, die inzwischen die Seiten gewechselt hatten, gerieten wieder in den Blick. Dies gilt unter anderem für Lothar Bucher, einst Teilnehmer

an der Revolution von 1848/49, jetzt zugleich Nachlaßverwalter von Lassalle und beamteter Mitarbeiter Bismarcks. Am 8. Oktober 1865 bot er Marx an, für den „Königlich Preußischen Staatsanzeiger“ zu schreiben, und dieser lehnte selbstverständlich ab.

Buchers Brief ist nicht neu, er wurde von Marx 1878 auszugsweise und 1909 erstmals vollständig veröffentlicht. Seine Lektüre aber ist unverändert pikant. Die Verlegenheit des Autors zeigt sich schon daran, daß er englisch schreibt (man kannte sich aus der Emigration in Großbritannien). Er beginnt so: „Most Esteemed Doctor! Business first!“ Nachdem das Geschäftliche vorgetragen war, kam die Rechtfertigung der eigenen Häutung: „Progress will have changed its skin many times before it dies; therefore, he who wishes to serve the nation during his lifetime must rally ‘round the government.’“ – Dieses Argument kennen wir irgendwie, und wir haben es selbst wohl manchesmal bedacht: die Beschränkung der politischen Perspektiven auf das Maß der eigenen „lifetime“...

Nun fiel aber offenbar auch schon damals die biologische und die soziale Lebenserwartung (vielleicht dank der Fortschritte der Medizin?) deutlich auseinander: in einer einzigen Biographie konnte der eine oder andere Zeitgenosse zwei Karrieren unterbringen. Dies gilt zum Beispiel für Johannes (seit 1897: von) Miquel, den Joschka Fischer des 19. Jahrhunderts. Als Zwanzigjähriger hatte er an der Revolution von 1848/49 teilgenommen, 1850 wurde er ein besonders glühendes Mitglied des

Bundes der Kommunisten. Danach wurde er Mitbegründer des Deutschen Nationalvereins, Oberbürgermeister zunächst von Osnabrück, später in Frankfurt am Main, ein Führer der Nationalliberalen Partei (und zwar auf deren rechtem Flügel), Mitglied des Norddeutschen und Deutschen Reichstags und endlich Finanzminister. In seinem zweiten Leben hat er durchaus auch Sinnvolles angerichtet. In Frankfurt war er ein sozialpolitisch profiliertes Stadtoberhaupt. Als Minister setzte er eine kommunalfreundliche Finanzreform durch und führte die Vermögenssteuer ein.

In einem – hier erstmals veröffentlichten – Brief Ludwig Kugelmanns an Marx aber erinnert sich dieser an den jungen Miquel: „Von allen Ihren Partheianhängern, die ich kennen gelernt, war M. der enragirteste. Jeder, der nicht unbedingt zur Fahne schwor, war zur Bestrafung ‚bei der nächsten Revolution‘ designirt etc. etc. Bereits vor 12-13 Jahren stellte ich unter unsern Gesinnungsgenossen die Behauptung auf, daß M. nur den Impulsen persönlicher Eitelkeit u. dem Bedürfniß nach Aufregung folge. Diese Äußerung kam ihm zu Ohren u. meine ‚Bestrafung bei der nächsten Revolution‘ wurde im Wiederholungsfalle in Aussicht genommen.“ [Hervorhebung: Kugelmann.]

Noch amüsanter als diese Erzählung Kugelmanns ist eine Beilage: ein Brief Miquels an ihn. Sie soll deshalb hier etwas ausführlicher zitiert werden.

Miquel äußert sich u.a. über Marx Schrift „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“. Diese enthalte „übrigens

noch wenig wirklich Neues, zergliedert aber mit großer Schärfe u. Präzision die Resultate der nachrikardoi-schen engl. Oekonomie und drückt die nicht ganz klaren Sätze derselben *allgemein* richtig aus.“ [Hervorhebung, Syntax und Orthografie hier und im folgenden wie im Original]. Dann wird Miquel praktisch, indem er sich Gedanken über Marx' Wirkungsmöglichkeiten macht:

„Er muß also durchaus weiter der bürgerlichen Oekonomie auf den Leib rücken.

Was aber kann er *allein* erreichen? Wissenschaftlich darthun, daß die bürgerliche nicht die *letzte* Form der Produktion, daß oekon. Kategorie Schwindel. Seine Methode u. Resultat ist nur die histor. reale unaufhörliche *Entwicklung*. Es hat natürlich ein großes theoret. u. prakt. Interesse hier klar zu sein. Die *letzten* Resultate der Wissenschaft aber praktisch auf Zustände anwenden wollen, welche erst sich in die bürgerliche Produktion hineinarbeiten, heißt für *Deutschland* der Reaktion in die Hände arbeiten.

Hier haben Bourg[eoisie] u. Proletariat die gleichen Interessen, vorerst gemeinschaftlich einen bürgerlich-nationalen Staat zu gründen. Wenn sie sich vorzeitig in die Haare gerathen, erreichen Beide Nichts. Für einen wissenschaftlich außer der den bürgerlichen ‚absoluten Wahrheiten‘ Stehenden [sic. G.F.] ist die prakt. Vertretung der bürgerlichen jetzt noch auch den Arbeitern zu Gute kommenden Interessen zwar vielleicht ein Selbstverläugniß, aber eine patriotische Pflicht.“

Man sieht: dumm war er nicht, der

Renegat Miquel. Als er diesen Brief schrieb, war er, der „wissenschaftlich außer der den bürgerlichen ‚absoluten Wahrheiten‘ Stehende[n]“, schon zum Oberbürgermeister von Osnabrück gewählt und wartete auf seine Bestätigung durch König Wilhelm, den „Kartätschenprinzen“ von 1848.

Die MEGA-Arbeitsstelle innerhalb der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ist nicht nur eine fleißige Editionsmanufaktur, sondern auch ein Knotenpunkt innerhalb eines weltweiten Forschungsnetzes. Wenn man sich trifft, gibt es viel zu erzählen, zum Beispiel auf einem Kolloquium über Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, das im Juni 2001 stattfand. Die Referate liegen jetzt gedruckt vor.

Mit Freude ist anzuzeigen, daß Rolf Dlubek seinen Vortrag „Die Korrespondenz Johann Philipp Beckers als Präsident der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation“ hier zu einem Aufsatz in Broschürenstärke erweitert hat. Engels hätte dies gefallen. Der „alte Becker“, ein treuer lebenslanger Revolutionär, stand ihm immer besonders nahe.

Anders wurde das mit dem Architekten Adolf Cluß, über den Haila Ochs und Sabina Wiedenhoef referierten. Mal wieder so eine farbige Figur! 1848 – dreiundzwanzig Jahre alt – baute er in Mainz eine Gemeinde des Bundes der Kommunisten auf. Im selben Jahr noch emigrierte er in die USA. Dort wurde er sehr bald das Auge und Ohr von Marx und Engels. Er war zunächst technischer Zeich-

ner in einer Geschützwerkstatt, „wo er schon bald die Arbeiter agitierte“. Zusammen mit Weydemeyer bemühte er sich publizistisch und organisatorisch um die Verbreitung der Theorie und Politik des Marxismus, war aber – anders als viele andere deutsche sozialistische Emigranten – damit nicht isoliert, sondern trieb sich sehr erfolgreich im gesellschaftlichen Leben der USA herum. „Ich bin so bekannt, wie ein scheckiger Hund“ – so schätzte er selbst seine Stellung ein. Cluß und Weydemeyer bemühten sich um eine Etablierung des „Bundes der Kommunisten“ in den Vereinigten Staaten und sorgten auch dafür, daß einige Schriften von Marx und Engels dort erscheinen konnten, zum Beispiel „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“. Die Aktivität der beiden ausgewanderten Freunde in den USA schien unermüdlich.

1854 brach der Kontakt von Cluß zu Marx und Engels plötzlich ab. Sie haben nie mehr etwas von ihm gehört. Auch die Verbindung zu Weydemeyer war unterbrochen. „Drei Jahre später beklagte sich Friedrich Engels: ‚Dabei hat man, seitdem das sonderbare Schweigen von Cluß angefangen, auch keinen einzigen zuverlässigen Menschen in ganz Amerika.‘“

Was war geschehen?

Haila Ochs und Sabina Wiedenhoef berichten, daß Cluß bei einem Zeitschriftenprojekt Geld verloren hatte, den Chefredakteur des Betrugs bezichtigte und Weydemeyer vorwarf, ihn nicht gewarnt zu haben. Doch vermuten die beiden Autorinnen, daß dies nicht der einzige Grund gewesen sein könne. Cluß habe vielmehr ein-

sehen müssen, daß die von ihm angestrebte Arbeiterbewegung nach europäischem Vorbild in den USA keine Chance hatte.

In seinem zweiten Leben war er dann sehr erfolgreich: bei der Entwicklung von Waffen für die Marine sowie Brennöfen zu ihrer Herstellung und schließlich als Star-Architekt, der viele öffentliche und private Bauten errichtete. Dabei überzeugte er nicht nur als Künstler, sondern auch durch zukunftsweisende Neuerungen für Feuersicherheit sowie das Heizungs- und Sanitärsystem in von ihm errichteten Schulen. „Als Cluß 1890 seine aktive Tätigkeit als Architekt beendete, gehörte er nicht nur zur obersten Gesellschaftsschicht in der Hauptstadt der USA, sondern es hieß auch, daß zu diesem Zeitpunkt die Mehrzahl aller öffentlichen Gebäude in Washington von ihm entworfen sei.“ [...] „Im Alter von achtzig Jahren starb Adolf Cluß 1905 als geachtetes Mitglied der Washingtoner Gesellschaft. Von seiner unmittelbaren Verbindung zu Karl Marx und seiner revolutionären Vergangenheit wußte zu diesem Zeitpunkt niemand mehr etwas.“

In schwerem Grübeln legt man die beiden Bücher – MEGA I/13 und den Tagungsbericht – aus der Hand. Jetzt schreiben wir 2003, haben bereits den Sozialismus hinter uns, sind also besonders fortgeschritten. Und doch kommen uns einige dieser Geschichten aus dem 19. Jahrhundert so merkwürdig bekannt vor. Lebte Marx heute noch, würde er sich zwar über manches wundern, hierüber allerdings nicht. Er hatte ja schon herausgefunden, daß die bürgerliche Gesellschaft zugleich innovativ und

konservativ ist: Neues Kapital (= Mehrwert) wird erzeugt, indem altes reproduziert wird. Offensichtlich gilt dies auch für Institutionen und Biographien.

Georg Fülberth

Eisenhüttenstadt heute

Gudrun Prengel, Profile 2002. Eisenhüttenstädter Lesebuch. Im Auftrag der Geschichtswerkstatt Eisenhüttenstadt e.V., Berlin 2002, 359 S., 30,00 Euro

Eisenhüttenstadt, ein Ort an der Oder mit 40.000 Einwohnern, ist bekannter als vergleichbare Industriestädte im Osten Deutschlands. Das verdankt der Ort seiner herausgehobenen Position zu DDR-Zeiten. Das alte Städtchen Fürstenberg an der Oder war in den 50er Jahren als Standort des größten Eisenhüttenwerkes der DDR ausgewählt worden. Die neue Wohnsiedlung, die um das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) entstanden, trug ein Jahrzehnt lang den Namen Stalinstadt. Sie wurde als „erste sozialistische Stadt der DDR“ geschaffen.¹ Wer sich ein wenig über diese Vergangenheit informieren möchte, dem sei empfohlen, den letzten der über 30 Beiträge, die dieser Band enthält (331), zuerst zu lesen.

Der steht insoweit zu Recht ganz am Ende, als er sich auch mit der städtebaulichen Zukunft von Eisenhütten-

stadt befasst. Aber ganz überwiegend ist das Buch in der Gegenwart angesiedelt. Es dürfte schon Neugier erwecken, zu erfahren: Was machen die Bewohner der „sozialistischen Stadt“ von einst im zwölften Jahr nach der Einheit? Natürlich hat auch der Kapitalismus westdeutscher Prägung, der mit der Währungsunion in den Osten kam, um Eisenhüttenstadt keinen Bogen gemacht. Wer jedoch glaubte, Krupp oder die Salzgitter AG würden sich das ehemals volkseigene, nunmehr der Treuhand unterstehende Bandstahlkombinat, dessen jüngster Teil, das Sauerstoffkonverterstahlwerk erst in den 80er Jahren von einem österreichischen Konzern errichtet worden war, begierig unter den Nagel reißen, sah sich getäuscht. Anfang der 90er Jahre war gerade wieder einmal Stahlkrise, und man sah an Ruhr und Oker im Kombinat an der Oder bestenfalls einen möglichen Konkurrenten, der am zweckmäßigsten stillzulegen war. Doch diese Rechnung machten die deutschen Stahlindustriellen ohne die Eisenhüttenstädter. In jenem kritischen Jahr 1993, als die Kalikumpel in Birschferode in den Hungerstreik traten, wehrten sich die Eisenhüttenstädter mit Mahnwachen und Demonstrationen. Diese Kundgebungen zu besuchen und sich mit den protestierenden Arbeitern zu solidarisieren, sah sich schließlich auch die Politprominenz von Stolpe (damals Brandenburgischer Ministerpräsident) bis Rexrodt (damals Bundeswirtschaftsminister) gezwungen. Im Ergebnis wurde das Bandstahlkombinat in Kanzler Kohls Liste der „industriellen Kerne“ aufgenommen und, da Krupp und Co. das EKO weiterhin

¹ Vgl. dazu Jörn Janssen, Stalinstadt/Eisenhüttenstadt: ein Meilenstein der europäischen Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert, in Z 44 (Dezember 2000), S. 119-127.

verschmähten, „europaweit“ feilgeboten und 1994 an einen westeuropäisches Stahlkonzern verkauft.

In der Zwischenzeit und auch danach hatte das Kombinat, wie es so schön hieß, abspecken müssen – vor allem bei den Arbeitskräften. 1989 zählte das EKO 12.700 Beschäftigte, 2002 waren es noch 3000. Für viele schwand mit der Arbeit im Kombinat auch die Chance, sich in dem Städtchen an der Oder weiterhin seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Von denen, die nicht vorzeitig in die Rente geschickt wurden, verließen viele die Stadt, deren Einwohnerzahl sich zwischen 1989 und 2002 im Jahresdurchschnitt um 1000 Personen verringerte. Andere, die im Stahlwerk ihren Lebensunterhalt verdient hatten, wurden nicht arbeitslos oder berentet, sondern zusammen mit der Abteilung oder dem Gewerk, in dem sie arbeiteten, „ausgegründet“. Ca. 3000 Menschen befanden sich mit einem Mal nicht mehr in einem Großbetrieb, sondern in einem Kleinunternehmen. Von der Vergangenheit und Gegenwart sowie den Zukunftsaussichten der Mittel- und Kleinunternehmen (MKU) von Eisenhüttenstadt, ob hervorgegangen aus auch zu DDR-Zeiten privat gebliebenen Handwerksbetrieben oder nach der „Wende“ ausgegründet bzw. neugegründet, handeln die Beiträge in Gudrun Prengels Buch. Die Palette ist breit: Die Darstellungen der KMU reichen von der Wohnungsbaugenossenschaft e.G. über die Gebäudewirtschaft GmbH bis zum Städtischen Krankenhaus wie vom Unternehmen des Personennahverkehrs bis zum Forschungsbetrieb und zur Brot- und Feinbackwaren GmbH. Darüber hin-

aus finden im Buch auch kulturelle Institutionen, darunter das Stadttheater und die Kirchengemeinde Berücksichtigung.

Zu den beschriebenen KMU gehört die Eisenhüttenstädter Wohnungsbaugenossenschaft (EWG). Sie war zu DDR-Zeiten eine AWG (Arbeiterbewohnungsbaugenossenschaft). Anders als im Falle des staatlichen Eigentums konnte bei den Genossenschaften der DDR – den landwirtschaftlichen wie den anderen – ein bloßes Überstülpen externer Strukturen verhindert werden. Dafür gab es zwei Gründe. *Erstens* sah der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft der Bundesrepublik (GdW) in den AWG nicht unbedingt seinen Konkurrenten und verfolgte eher Interaktions- als Subsumptionsstrategien gegenüber den ostdeutschen Genossenschaften.

Wichtig war *zweitens*, dass die AWG Rückhalt bei ihren Mitgliedern hatten und in den konkreten Auseinandersetzungen um die Gründung und Gestaltung der ostdeutscher Landesverbände des GdW auf die Unterstützung ihrer Genossenschaftler zählen konnten. Schließlich dürfte auch die „hohe Politik“ ein gewisses Einsehen gehabt haben, dass sich nicht parallel zur Enteignung der Ostdeutschen am Arbeitsplatz auch noch die Enteignung ihres Wohnplatzes vollziehen durfte. Im Ergebnis der günstigeren Umstände und einer klugen Politik konnte die Eisenhüttenstädter Wohnungsbaugenossenschaft ihre Mitgliederzahl bei etwa 7000 Genossenschaftlern auch nach der Wende stabil halten.

Schwierig erwies es sich für die Lei-

tung der Genossenschaft, den Widerspruch zwischen sozialem Anspruch (Wohnung als soziales Gut) und dem Zwang zur Wirtschaftlichkeit (geschäftsfähig zu bleiben) auszubalancieren. Wie diese Balance schließlich aussah, schildert Prengel am Beispiel einer der zur EWG gehörenden Wohnsiedlungen:

„In einer der ersten und zugleich mustergültigen Genossenschaftssiedlungen der deutschen Nachkriegszeit überhaupt wurden die Häuser den Bewohnern zu sensationell günstigen Preisen zum Eigenerwerb angeboten. Zugleich blieb die Option auf Wohnen zur Miete erhalten. So konnte man dem Privatisierungsgebot (der Bundesregierung, die die Genossenschaften wegen ihrer „Altschulden“ in der Hand hat - J.R.) entsprechen und zugleich die dort vorhandene soziale Durchmischung erhalten. Im gesamten Wohnviertel wurde die soziale Lebensqualität bewahrt (ästhetische Gestaltung, Bewohnerstruktur, nachbarschaftsfreundliche Topographie, die hauseigenen Mietergärten und ihre vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten.“ (39)

Insgesamt handelt es sich um ein Buch, durch das man sich über Ostdeutschland am Beispiel der „Industrieprovinz“ konkret, jenseits der Schlagzeilen machenden Meldungen, die oft Horrormeldungen sind, informieren kann. Da schadet es auch nicht, dass m.E. manche Einschätzung der Autorin ein wenig zu optimistisch ist. Denn wenn auch Eisenhüttenstadt seinen „industriellen Kern“ behalten konnte, ist es doch kein begünstigter Wirtschaftsstandort in den neuen Ländern geworden; allerdings einer, in dem man nicht re-

signierte – weder die Arbeiter bei der Verteidigung des Hochofenbetriebes noch die neuen Selbständigen im Kampf um die Erhaltung bzw. die Expansion ihres Unternehmens.

Jörg Roesler